

Privilegierte

Schlesische



Zeitung.

Nr. 2.

Breslau, Sonnabend den 3. Januar

1846.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Nedacteur: A. Hilscher.

Uebersicht der Nachrichten.

Landtagsangelegenheiten. Berliner Briefe (ein Brief v. Holzendorff, Oberpräf. Eichmann, Höhe der Executions-Kosten.) Aus Münster. — Schreiben aus Leipzig (beunruhigende Gerüchte), Frankfurt a. M., Mannheim, Hannover und München. — Schreiben aus Paris (Eröffnung der Kammer). — Aus London (die Getreidegesetze). — Aus der Schweiz. — Aus Rom. — Aus Griechenland. — Aus der Türkei.

Berichtigung. In meinem ersten Worte an die Breslauer Ztg. im gestr. Bl. ist ein sinnentstellender Druckfehler stehen geblieben. Es muß Sp. 2 in der Mitte nicht heißen: „Gegenwärtig tröstet sich Hr. von Baerst u.“ sondern: „Gegenwärtig brüstet sich Hr. v. Baerst u.“

Landtags-Angelegenheiten.

Aus dem Landtags-Abschiede für die zum achten Provinzial-Landtage versammelten gewesenen Stände der Provinz Sachsen thellen wir in Nachstehendem die Bescheide auf die ständischen Petitionen, welche allgemeines Interesse haben, mit:

Schulpflichtigkeit der Kinder.

Was die Anträge Unserer getreuen Stände betrifft, daß die Schulpflichtigkeit der Kinder erst mit dem vollendeten 6ten Lebensjahr beginnen und auf die körperliche Ausbildung der Jugend in der Schule mehr als seither Rücksicht genommen werden möchte, so wird in selbiger Absicht des ersten Antrages die Frage über den Anfang der Schulpflichtigkeit ihre definitive Erledigung in der neuen Provinzial-Schulordnung finden, deren Entwurf Unseren getreuen Ständen wo möglich auf dem nächsten Landtage zur Beratung vorgelegt werden soll; einstweilen aber wollen Wir genehmigen, daß die Regierungen der Provinz nach örtlichen Verhältnissen in ganzen Gemeinden oder grösseren Distrikten alle Kinder, die das sechste Jahr noch nicht zurückgelegt haben, von der Schulpflichtigkeit entbinden. Nachdem Wir durch Unsere Ordre vom 6. Juni 1842 die Leibesübungen als einen nothwendigen und unentbehrlichen Bestandtheil der männlichen Erziehung in Unseren Staaten anerkannt haben, steht mit Grund zu erwarten, daß die zur Ausführung Unserer landesväterlichen Absicht auch für die Provinz Sachsen bereits getroffenen Maßregeln ihrem Zwecke entsprechen werden. Wenn aber Unserer getreuen Stände eine Beschränkung des Lehrstoffes in den Schulen, unter dessen Uebermaß die Gründlichkeit leide, beantragen, so können zu diesem Antrage nur vereinzelte Abweichungen von den bestehenden allgemeinen Vorschriften Unserer Ordnung gegeben haben, auf deren Beurtheilung Unseren Behörden, sobald solche zu ihrer Kenntniß gelangen, mit Ernst Bedacht nehmen werden.

Vorlegung von Gesetz-Entwürfen, welche kirchliche Verfassungs-Angelegenheiten betreffen, an die Stände.

Auf den Antrag, daß die durch die stattgefundenen Provinzial-Synoden etwa hervorgerufenen, das kirchliche Leben fördernden Gesetz-Entwürfe vor deren Publication Unseren getreuen Ständen vorgelegt werden möchten, eröffnen Wir denselben, daß sich solche zur Verhandlung mit den Provinzial-Ständen schon deshalb nicht eignen werden, weil die Angelegenheiten der evangelischen Kirche zu den Berathungen der ohne Rücksicht auf das Bekanntnis zu der einen oder anderen christlichen Confession zusammengesetzten ständischen Versammlungen nicht unterliegen dürfen. Uebrigens dürfen Untere getreuen Stände vertrauen, daß die verfassungsmässigen Rechte derselben auch in dieser Beziehung gewahrt und daher Anordnungen, welche nach dem Gesetze vom 5. Juni 1823 des ständischen Beirathes bedürfen, sofern sie durch die Synoden angeregt und von Uns weiter verfolgt werden sollten, abgesondert verhandelt und Unseren getreuen Ständen zur Begutachtung vorgelegt werden würden.

Stolgebühren der evangelischen Geistlichen.

Was den Antrag Unserer getreuen Stände in Beziehung auf die Regulirung der Stolgebühren der evangelischen Geistlichen anlangt, so werden Unsere Behörden nach wie vor darauf Bedacht nehmen, überall, wo das Bedürfniss sich zeigt, die Feststellung einer den örtlichen Interessen entsprechenden Ordnung herbeizuführen. Gebühren-Taxe für Medicinal-Personen.

Auf den Antrag, daß durch eine gesetzliche Verordnung die Minima der Gebühren-Taxe für die Medicinal-Personen vom 21. Juni 1815 angemessen reducirt, und die Medicinal-Personen angewiesen werden möchten, nur nach herabzusehenden Beträgen bei langwierigen Krankheiten solcher Personen zu liquidiren, welche ohne wesentliche Störung in ihren Vermögens-Verhältnissen die nach höheren Sätzen liquidirten Gebühren zu berichtigen außer Stande seien, bemerken Wir, daß durch Unsren Minister der Medicinal-Angelegenheiten bereits die nöthigen Vorbereitungen zu einer vollständigen Revision der Taxe für die Medicinalpersonen getroffen worden sind. Es werden hierbei die Interessen des Publikums und des ärztlichen Standes gleichmässig erwogen, mithin auch die von Unsren getreuen Ständen angeführten Gesichtspunkte nicht unberücksichtigt gelassen werden. Die Emanation des neuen Taxegesetzes hat bisher darin Anstand gefunden, daß derselbe eine Beschlussnahme über die vielfältig in Anregung gebrachte neue Classification des Medicinal-Personals vorangehen muß. Was ferner den Antrag anlangt, daß den Arzten, bei Verordnung von Arzneien für Rechnung von Armen-Kassen, zur Pflicht gemacht werden möchte, die Armen-Pharmakopoeie in gleicher Art anzuwenden, wie dieses in den Militair-Lazaretten geschehe, so erledigt sich solcher vollständig durch die von Seiten der beteiligten Ministerien erlassenen und durch die Regierungen zur Nachachtung bekannt gemachten diesfälligen Bestimmungen.

Wechsel-Recht.

Auf den Antrag Unserer getreuen Stände: daß mit der Einführung eines neuen Wechsel-Rechts für die preussischen Staaten, in Verbindung mit den übrigen Zoll-Vereinsstaaten, unabhängig von der Revision des Allgemeinen Landrechts verfahren werde, eröffnen Wir denselben, daß der Entwurf eines neuen Wechsel-Rechts unter Zuziehung von Sachverständigen sich in der Beratung befindet. Uebrigens wird auch die wünschenswerthe Feststellung gleichmässiger Grundsätze für das Wechsel-Recht in den Zoll-Vereinsstaaten Gegenstand Unserer späteren Fürsorge sein.

Einberufung der Stadtverordneten-Stellvertreter.

Da die Vorschriften, welche der §. 48 der revidirten Städteordnung über die Einberufung der Stellvertreter der Stadtverordneten enthält, nach den unterm 4. Juli 1832 faconierten zusätzlichen Bestimmungen zum § 117 der Städte-Ordnung vom 19. November 1808 auch in den mit letzterer beslehenen Städten Anwendung finden, die von Unseren getreuen Ständen gegen deren Angemessenheit erhobenen Bedenken aber nicht auf Gründen und Verhältnissen beruhen, welche den Städten der Provinz Sachsen eigenthümlich sind, so würde die beantragte Anordnung nicht für diese Städte allein, sondern für sämtliche nach der einen oder der anderen Städte-Ordnung verwalteten Städte erlassen werden können. Eine solche allgemeine Anordnung läßt sich aber schon um deswillen nicht als ein Bedürfnis anerkennen, weil sie von keiner anderen Seite her beantragt ist. Wir müssen uns deshalb darauf beschränken, diesen Gegenstand, eben so wie dies in Betreff einer zweiten Modification der über das Einrücken der Stadtverordneten-Stellvertreter bestehenden Vorschriften von Unseren getreuen Ständen beantragt ist, in die abzusenden Lokalstatute zu verweisen, und wollen daher denjenigen Städten Unserer Monarchie, in welchen sich ein Bedürfniss dazu herausstellt, überlassen, eine Bestimmung, wonach bei Einberufung der Stadtverordneten-Stellvertreter jedesmal diejenigen, welche gleich bei dem ersten Skrutinium die absolute Stimmenmehrheit erhalten haben, den erst durch engere Wahl erwählten Stellvertretern vorgezogen oder an die Stelle der in einem gewissen Bezirk gewählten Stadtverordneten jedesmal die

aus demselben Bezirk gewählten Stellvertreter einzuberufen werden sollen, für die Lokal-Statute in Vorschlag zu bringen und zu Unserer Genehmigung vorzulegen.

Veröffentlichung der Verhandlungen der städtischen Behörden. Zulassung der Stellvertreter zu den Stadtverordneten-Versammlungen.

Nachdem Wir Uns über die Unzulässigkeit der schon von mehreren Seiten beantragten Deffenslichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen wiederholentlich ausgesprochen und durch Unsre Ordre vom 19. April v. J. die Grenzen näher bestimmt haben, innerhalb deren Veröffentlichungen über die Wirksamkeit der städtischen Behörden und Vertreter zu gestatten, können Wir Uns nicht bewogen finden, auf Anträge einzugehen, welche Abänderungen jener wohlwogenen Beschlüsse bezw. den, und daher so wenig den Magistraten und Stadtverordneten die von Unseren getreuen Ständen befürwortete, ohnehin durch den angeführten Grund keineswegs genugend motivirte Ermäßigung ertheilt, sämtlichen Stellvertretern der Stadtverordneten den Zutritt bei den Versammlungen zu gestatten, als außer den anschissend von Unseren getreuen Ständen ganz üblichen, im §. 14 der Instruction der Stadtverordneten vom 19. November 1808 und im §. 13 der Instruction vom 17. März 1831 bezeichneten Fällen Veröffentlichungen über städtische Angelegenheiten zulassen, über welche es noch einer Beschlussnahme des Magistrats bedarf.

Wählbarkeit im Stande der Städte.

Dem erneuerten Antrage, für die städtischen Landtags-Abgeordneten das Erforderniß des 10jährigen Grundbesitzes auf eine 5jährige Dauer der Wählbarkeit zu beschränken, können Wir nicht Folge geben. Der 10jährige Grundbesitz ist eine für die Wählbarkeit in allen Ständen gesetzlich vorgeschriebene Bedingung, die wesentlich in den Grundprinzipien der ständischen Vertretung beruht, und Wir können Uns nicht bewogen finden, von dieser Bedingung eine Ausnahme nachzulassen, da sich ein Bedürfniss dazu nicht anerkennen läßt. Denn in dem ständischen Gesetz ist Uns die Dispensation von der Bedingung des 10jährigen Grundbesitzes vorbehalten, und wie Wir schon bisher, vorzugweise bei städtischen Abgeordneten, sobald der Fall dazu angethan war, bereitwillig diese Dispensation ertheilt haben, so werden Wir dieselbe in den dazu geeigneten Fällen auch in Zukunft nicht versagen und dadurch, so weit ein Bedürfniss sich zeigt, die Bedingungen der Wählbarkeit im Stande der Städte in dieser Beziehung zu erleichtern, die nothige Abhilfe gewähren.

Sonderung im Theile.

Wenn Wir in Unseren Landtags-Abschieden vom 30sten December 1843, einer unrichtigen Anwendung der gesetzlichen Vorschriften über die Sonderung in Theile auf den Provinzial-Landtagen begegnend, Unsre Willensmeinung dahin ausgesprochen haben, daß eine solche Sonderung nur dann statthaben dürfe, wenn ein Stand durch einen wirklichen Beschluß des Landtags in seinen Rechten verletzt zu sein glaube, so haben Wir dadurch keinen in den Gesetzen für diesen Fall nicht begründeten Unterschied zwischen verlegten Rechten und verletzten Interessen feststellen wollen und nehmen keinen Anstand, dem Wunsche Unserer getreuen Stände entsprechend, hierdurch ausdrücklich zu erklären, daß auch durch die Verziehung der Sonder-Interessen eines Standes die itio in partes motivirt werden kann, wenn die übrigen gesetzlichen Erfordernisse vorhanden sind.

Modification des Gesetzes über die Armenpflege.

Dem Antrage Unserer getreuen Stände, daß die Bestimmung des §. 1 pos. 3 und des §. 4 des Gesetzes über die Verpflichtung zur Armenpflege vom 31. December 1842 in ihrer Anwendung auf Dienstboten, Handwerksgesellen, nach Orten wechselnde, nicht domicilirende Tagelöhner und auf alle im Auslande mit Helfmärschinen sich aufhaltende Personen aufgehoben und dagegen die bezeichneten Personen hinsichtlich der Verpflichtung zur Armenpflege an das forum originis nach dem Begriffe der Allgemeinen Gerichtsordnung, falls dieselben nicht inzwischen ein Domizil erworben haben sollen, überwiesen werden, können Wir zu entsprechen uns

nicht bewogen finden, da das bezeichnete Gesetz, indem es seine Gültigkeit über den ganzen Umfang der Monarchie erstreckt und, seiner Natur nach, provinzielle Abänderungen nicht zuläßt, nur dann würde abgeändert werden können, wenn sich dazu ein allgemeines Bedürfnis zeigte, ein solches aber schon deshalb nicht angenommen werden kann, weil aus keiner anderen Provinz Klagen über die in Frage gestellten Bestimmungen laut geworden sind. Aus demselben Grunde müssen Wir Anstand nehmen, den eventuellen Anträgen Unserer getreuen Stände auf Verwandlung der dreijährigen Dauer des Aufenthalts in eine zehnjährige, so wie auf Aufhebung des §. 14 des Gesetzes vom 31. December 1842, zu willfahren.

Höhere Eingangsbesteuerung fremder Garne.
Die befürwortete Erhöhung der Eingangsölle von baumwollenen, leinenen und wollenen Garnen ist schon bisher ein Gegenstand umfassender Prüfung und sorgfältiger Erwägung gewesen, und es wird eine Beschlussnahme darüber erfolgen, sobald die deshalb unter den Zollverein-Regierungen stattfindenden Berathungen beendigt sein werden.

Erniedrigung resp. Aufhebung des Ausfuhrzolles für Schafwolle.

Was den weiteren Antrag betrifft, den Ausgangszoll von roher Schafwolle, im Interesse der Landwirtschaft, allmälig zu ermäßigen, resp. ganz aufzuheben, so kann demselben, nachdem bereits durch den mit Belgien unter dem 1. September 1844 geschlossenen Handels- und Schiffahrt-Vertrag der gedachte Ausgangszoll in Beziehung auf die für Belgien bestimmte Wolle um die Hälfte ermäßigt worden ist, für jetzt eine weitere Folge um so weniger gegeben werden, als es der im Lande erzeugten Wolle an lohnendem Absatz nicht fehlt und sich nicht annehmen lässt, daß ein ganz oder theilweise stattfindender Wegfall des Ausgangszolls den Wollproduzenten durch Erzielung höherer Preise wesentlich zu Gute kommen würde.

Salzsteuer.

Sollten Wir dereinst eine weitere Ermäßigung des Salzpreises für angemessen erachten, so werden Wir über diese Maßregel nach Besinden das Gutachten Unserer getreuen Stände einholen, können ihnen aber nicht verhehlen, daß der Antrag auf eine dem nächsten Provinzial-Landtag vorzulegende genaue Zusammenstellung über den Ertrag des Salzverkaufs die den Provinzialständen angewiesene Stellung und Wirksamkeit überschreitet. Wir können deshalb auch keinen Anlaß zu der erbetenen Anordnung finden. Dagegen ist bereits vor Eingang des hierauf gerichteten Antrages eine nähere Untersuchung darüber angeordnet worden, ob der hinter dem durchschnittlichen Salzverbrauche im Lande weit zurückbleibende Satz von 12 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung, nach welchem in den Gegenden, die der Salzverbrauchs-Kontrolle unterliegen, die abzunehmenden Salzmengen berechnet werden, für die Kreise Worbis, Hettgenstadt, Mühlhausen und Nordhausen aus besonderen Gründen einer Ermäßigung bedarf, und es wird nach dem Ergebnisse dieser Untersuchung die entsprechende weitere Bestimmung getroffen werden.

Mahl- und Schlachtsteuer.

In Uebereinstimmung mit den Anträgen Unserer getreuen Stände wird in Erwägung gezogen werden, in wie weit es thunlich sei, die Säge der Mahl- und Schlachtsteuer in einer Weise zu ermäßigen, daß vorzüglich der ärmeren Classe der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bevölkerung eine Erleichterung verschafft werde, und gleichzeitig den Übergang der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte zur Klassensteuer zu erleichtern.

Befugnisse der Schiedsmänner.

Nach dem Antrage Unserer getreuen Stände wollen Wir: 1) von der Vorschrift, daß bei den Verhandlungen der Schiedsmänner keine Bevollmächtigten zugelassen werden sollen, zu Gunsten der städtischen und ländlichen Gemeinden und der Corporationen eine Ausnahme gestatten, und 2) dem Antrage, daß der Beiklagt, welcher auf die Vorladung des Schiedsmannes ausbleibt, ohne seine Absicht, nicht erscheinen zu wollen, zeitig vorher angezeigt zu haben, für die Unterlassung dieser Anzeige eine Geldbuße von 5 Sgr. an die Orts-Armenkasse entrichten solle, Unsere Genehmigung erteihlen.

Mündliches Verfahren in Untersuchungssachen.

Auf den Antrag: das Schlussverhör, welches nach Unserer Ordre vom 5. August 1844 (Gesetz-Sammlung S. 453) in Untersuchungen wegen geringerer Vergehen von der erkennenden Deputation des Gerichts abgehalten werden soll, in dem bei der jüngsten Organisation des Gerichtswesens zulässigem Umfange auch auf wichtiger Untersuchungen auszudehnen, geben Wir Unseren getreuen Ständen zu erkennen, daß Wir, sobald die annoch zu sammelnden Erfahrungen eine Ausdehnung jenes Verfahrens zweckmäßig erscheinen lassen, solche anzuordnen nicht ansehen werden.

Strafverfahren gegen richterliche Beamte.

Aus den Ausführungen über die Gesetze vom 29. März 1844 haben Wir mit Wohlgefallen ersehen, daß Unsere getreuen Stände den Geist dieser Gesetze richtig ausgefaßt und gewürdigt haben. Sollten sich bei der Ausführung des §. 40 des Gesetzes über das Disciplinar-Vorfahren Schwierigkeiten herausstellen, so werden Wir

keinen Anstand nehmen, eine Abänderung der gedachten Bestimmung zu treffen.

Inland.

Berlin, 31. Dec. — Se. Majestät der König haben am 28. d. M. dem an Allerhöchstarem Hoflager zum königl. württembergischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister ernannten Geheimen Legations-Rath v. Reinhard im hiesigen königl. Schlosse eine Privat-Audienz zu ertheilen und aus seinen Händen das Beglaubigungs-Schreiben seines Souverains entgegenzunehmen geruht.

Berlin, 2. Januar. — Se. Majestät der König haben Allerhöchstigst geruht: dem Premier-Lieutenant a. D., Grafen Rudolph zu Stolberg-Wernigerode, den St. Johanniter-Orden zu verleihen.

Se. Excellenz der wirkliche Geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Pommern, v. Bonin, ist von Stettin und Se. Excellenz der Erbhofmeister in der Kurmark Brandenburg, Graf v. Königsmarck, von Plauen hier angekommen.

** Berlin, 30. Decbr. — Den Ständen von der Uckermark hat Herr von Holzendorff einen Brief gewidmet, der an den Landtags-Abgeordneten von Arnim gerichtet ist und sich an die früher erwähnte Schrift „vox populi“ des Briefschreibers anknüpft, um sein Recht näher zu begründen, daß er den gedachten Landtags-Abgeordneten zum leichten märkischen Landtage zwei Petitionen überreicht habe, welche dieser erst annahm und dann wieder zurückgab. Herr von Holzendorff weist in dem Briefe nach, daß ihm dadurch sein Recht als Mitstand verlegt sei, und liefert zugleich einen wichtigen Kommentar über den Sinn des 52. Paragraphen in der landständischen Verfassungsurkunde für Brandenburg. In dieser Beziehung heißt es: Wenn der Paragraph des Gesetzes sagt: „die einzelnen Stände können ihren Abgeordneten keine bindenden Instruktionen ertheilen, es steht ihnen aber frei, sie zu beauftragen, Bitten und Beschwerden anzubringen, so kann der Begriff von „Abgeordneten“ hier nicht zweifelhaft sein, wenn man ihn gegenüberstellt der anderen Benennung: „die einzelnen Stände“, und was hier unter „Stände“ zu verstehen ist, wird ebenfalls deutlich, wenn man diese Benennung mit der von „Abgeordneten“ vergleicht. Die Mitglieder des Provinzial-Landtags sind daher nichts Anderes als Abgeordnete der Stände einer Provinz, und welche Rechte daher „die einzelnen Stände“ und welche Pflichten „die Abgeordneten“ haben, geht meines Erachtens deutlich genug aus der Bestimmung dieses einzelnen Paragraphen und zwar einschließlich dem Wortlaut hervor. Herr von Holzendorff hat weiter noch beantragt, diesen Gegenstand auf einem Landtage der Uckermark zur Abstimmung bringen zu wollen. Es ist von allgemeiner Wichtigkeit, daß über dieses Verhältniß die größte Klarheit und Bestimmtheit herrsche, was der vorliegende Fall zeigt, selbst unter Mitgliedern des ersten Standes in der Uckermark nicht der Fall ist.

Sind die Abgeordneten eines Standes berechtigt, die Bitten und Beschwerden ihrer Mitstände zurückzuweisen, so gibt es dann keinen Weg mehr, wie die Wünsche der Einzelnen, und aus solchen besteht das ganze Volk, an den Landtag kommen können. Man nennt unsere ständische Verfassung gewöhnlich eine auf historischen Fundamenten ruhende im Gegensatz zu den modernen Constitutionen; aber man vergift dabei, daß sie von den Rechten und Eigenschaften der alten wahrhaft historischen Stände weit entfernt stehen, als die modernen Verfassungen, obwohl auch diese noch jene lange nicht erreicht haben. Was die Zusammensetzung unserer Stände betrifft, so liegt darin allerdings ein charakteristischer Unterschied, daß in den alten Ständen selten der Bauernstand vertreten war, weil dieser in den meisten Ländern damals in den Banden der Hörigkeit und Leibeigenschaft lag. Aber in Bezug auf die Wirksamkeit und Befugnisse der alten Stände steht unwiderstehlich fest, daß sie allerdings nicht, wie auch unsere Provinzialstände, im eigentlichen Sinne eine Volksrepräsentation bildeten, dagegen aber das Recht besaßen, jede ohne ihre Zustimmung ausgeschriebene Steuer zu verweigern, und über die Verwendung der bewilligten Steuern Rechenschaft zu verlangen. Daraus folgt, daß der Landesherr ohne die Stände weder Blündisse schließen noch Krieg anfangen konnte, indem sie ihm die Geldhilfe versagten konnten. Sie durften sich versammeln, ohne von ihm berufen zu sein, und so oft es das Beste des Landes zu erheischen schien. Die Gesetzgebung lag in den Händen der Landesherren und der Stände, und nur mit ihrem Beirath und ihrer Zustimmung konnten neue Gesetze gegeben werden. Für alle diese Rechte existieren urkundliche Belege. Aus ihnen können wir entnehmen, wie hinsichtlich die uralten Landstände in ihrer inneren Organisation und rücksichtlich der ihnen zustehenden Befugnissen selbst von den Repräsentativ-Verfassungen unserer Tage verschieden sind, und welch schlechten Dienst jene Pamphletisten und Journalisten der Fürstengewalt erweisen, wenn sie sich auf die alten Landstände berufen, um die jüngsten Verfassungen in Miscredit zu bringen.

△ Berlin, 31. Decbr. — Der König und die Königin begeben sich morgen in aller Frühe nach Potsdam, wo Höchst dieselben, um den vielen Neujahrsgratulationen hier zu entgehen, die ersten Tage im neuen

Jahre zubringen werden. — Der hiesige englische Gesandte, Lord Westmoreland, gibt heute zum Sylvester-Abend einen glänzenden Ball, wozu auch das sämtliche diplomatische Corps invitirt ist. Politiker betrachten diese Reunion als ein Freudenfest wegen des Wiedereintritts Peel's mit einem Tory-Ministerium in das engl. Kabinet. Lord Westmoreland gehört nämlich in seiner politischen Gesinnung zu den Hochtories und würde bei der Bildung eines Whig-Ministeriums veranlaßt worden sein, seine angenehme hiesige Stellung aufzugeben. — Mehrere hiesige Kirchen sind in den letzten Abenden bekanntlich von Dieben geplündert worden. Auf die Entdeckung der verabschuungswürdigen Thäter hat unser würdiger Polizei-Präsident v. Puttkammer bereits eine Belohnung von 100 Thalern ausgesetzt. — Seit kurzem hört man wieder einmal den gegenwärtigen Ober-Präsidenten der Rheinprovinz Herrn Eichmann als künftigen Minister des Innern nennen, da weder der Minister v. Bodelschwingh, noch der Finanzminister Flottwell gedachtes Portefeuille anzunehmen geneigt sein sollen. Herr von Bodelschwingh leitet gedachtes Ministerium noch interistisch, wobei ihm der Geh. Ober-Regierungsrath Mathis, ein vielfahrener Staatsdiener, unermüdlich zur Seite steht. — Der junge preuß. Diplomat, welcher jetzt in Rom zwischen dem Papst und dem preuß. Kabinet eine für beide Parteien befriedigende Ausgleichung zu Stande zu bringen hofft, ist ein Sohn des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Fr. von Canitz. Letzterer gibt morgen zum ersten Mal als Minister der auswärtigen Angelegenheiten dem hiesigen diplomatischen Corps ein glänzendes Festmahl. — Heute hat sich hier eins der achtbarsten Bankierhäuser genötigt gesehen, seine Zahlungen einzustellen. Gedachtes Handlungshaus hat nie vage Börsengeschäfte gemacht und deshalb Eisenbahn-Aktien-Fonds aus der Zeit noch liegen, wo selbe demselben 20 p. Et. höher zu stehen kamen, als solche jetzt zu kaufen sind. Nicht sowohl Börsenmänner, als vielmehr Privatleute sollen bei dieser Zahlungseinstellung mit 90,000 Thalern beteiligt sein. Den Chef dieses Handlungshauses wird bei ihrem Fallament allgemeine Theilnahme geschenkt. — Die berühmte Tänzerin Fanny Eisler ist zum Besuch ihrer unter uns lebenden Geschwister aus Rom hier eingetroffen. Ballettfreunde geben sich der Hoffnung hin, daß dieselbe während ihres hiesigen Aufenthalts an der Hofbühne einmal wenigstens gastiren wird. — Die gestrige Aufführung der Spontini'schen Oper „die Bestassin“, welche mit der Lind neuinstudiert wurde und alle Musikfreunde in die größte Spannung versetzte, entsprach gar nicht den Erwartungen des Publikums. Man kann wohl sagen, daß diese herrliche Oper gestern mehr geschrien, als gesungen wurde. Selbst die Jenny Lind überraschte darin als Julie mehr durch ihr höchst ergrifsendes dramatisches Spiel, als durch ihren Gesang. Dergleichen Compositionen scheinen ihrer weichen, zarten, flötenvollen Stimme nicht zuzusagen. Es ist gut, daß sich das Märchen von der Herkunft Spontini's, um diese Oper zu dirigiren, nicht verwirklichte, indem diese Darstellung auf den Meister nur einen unmangenehmen Eindruck gemacht hätte. Da wir hier einmal ins Beichter über's Hoftheater gerathen sind, so wollen wir auch erwähnen, daß die im naiven Rollensache gefeierte Charl. v. Hagn entschlossen ist, im nächsten Jahre der Bühnenwelt gänzlich zu entsagen und von ihrem zurückgelegten bedeutenden Vermögen sowie von ihrer Pension zu leben. — Gestern Abend roch es in dem sogenannten Prinzessinnen-Palais, worin König Friedrich Wilhelm III. residirt und die Fürstin von Liegnitz noch wohnt, nach Feuer, weshalb Löschapparate herbeizogen und noch heute sich dort befinden. Bei dem sorgfältigen Nachsuchen ist es aber nicht gelungen, das Feuer aufzufinden. — In der vergangenen Nacht wütete hier ein orkanähnlicher Sturm, den unsre Meteorologen mit den Erderschütterungen, welche jüngst in verschiedenen Gegenden Europas beobachtet wurden, in Verbindung bringen wollen. Auf den Sturm ist heute das schönste Frühlingswetter eingetreten.

*** Berlin, 31. December. — Die Berathungen über die einzuführende allgemeine neue Wechselordnung sind durchaus nicht, wie einige auswärtige Zeitungen angegeben hatten, vom Handelsamt ausgegangen, sondern es wurden diese Conferenzen von einer dazu erwählten und bestimmten Deputation unserer ersten berathenden Behörde des Saatzirthes gehalten. Den Vorsitz dabei führte der wirkliche Geh. Legationsrath und Ministerial-Director, Freiherr v. Patow, in dessen Wohnung auch die Berathung stattfand. Das Protokoll ist, dem Bernehmen nach, schon am 18ten geschlossen worden, und soll nun zur Vorlage des versammelten Staatsraths werden. Die aus den Provinzen dazu einberufenen sechs Sachverständigen, unter denen sich fünf Kaufleute und der Justizrat Gräff aus Breslau befinden, sind bereits bald nach der Beendigung der Conferenz in ihre Heimat zurückgekehrt. — Es treffen nun täglich Mitglieder der sich vorbereitenden Conferenz in den Angelegenheiten der evangelischen Kirche hier ein. Namlich verweist der Bevollmächtigte des Großherzogthums Hessen, der Prälat Dr. Köhler aus Darmstadt, schon seit einigen Tagen in unserer Hauptstadt, und gestern ist der Consistorialrath Meyer aus Hannover zu diesem Zweck hier eingetroffen. — Heute Vormittag ist

auch ein zum Gefolge des Prinzen Albrecht gehöriger Herr aus Palermo hier angelangt, und der Prinz selbst wird in den ersten Tagen des nächsten Monats erwartet. Wir haben hier jetzt mehrere Tage hintereinander Besinnisse merkwürdiger Männer gesehen, die noch nicht dem alten Jahre von uns geschieden. Vorgestern wurde der 94jährige Kapellmeister Wilhelm Bach, der Enkel des hochberühmten, im Jahre 1750 verstorbenen Sebastian Bach, und wenige Stunden später ein sehr talentvoller Lithograph, der dänische Kapitän Haro Hartwig, in die Grust gesenkt. Heute endlich wieder ein Veteran unserer Armee, der General v. Vogel, beerdigt. Er war ein wegen seiner Humanität hochgeschätzter Mann und ein tapferer und kenntnisreicher Staabsfizier, der im Befreiungskriege erster Adjutant des General Graeven Tauenzen von Wittenberg war, und späterhin ins Kriegs-Ministerium versetzt wurde. — Je mehr die Bebraubung dreier unserer ersten evangelischen Kirchen Indignation erregt hat, und dieses Sacilegium auch unsere Sicherheitsbehörde veranlaßt hatte, eine ansehnliche Geldbelohnung auf die Entdeckung zu setzen, ersfreut es, zu hören, daß die Freyler gestern aufgefunden sein sollen. Es hatte nämlich die Polizei gestern gegen Mittag, wahrscheinlich in Folge einer gemachten Anzeige, in einem Keller der Dresdener Straße wieder eine ganze Gesellschaft noch ziemlich jugendlicher Verbrecher aufgezogen; unter ihnen sollen sich mehrere, schon vielfach bestrafte Diebe und namentlich auch zwei des Kirchenraubs höchst verdächtige Individuen befinden. — Der eigentliche Winter mit seinen strengen Altributen hat uns fast gänzlich wieder verlassen und einer sehr milden Temperatur Platz gemacht, so daß mehrere, bereits ausgeführte öffentliche Arbeiten wieder in Angriff genommen sind.

(Nach. 3.) Henke's Zeitschrift für Staatsarzneikunde enthält in dem neuesten Heft einen vortheilichen Aufsatz über die körperliche Züchtigung in strafrechtlicher und medizinisch-polizeilicher Hinsicht. Es wird darin dieser, wie es scheint, leider noch immer nicht zu vertilgende Rest mittelalterlicher Barbarei in einer Weise beleuchtet, durch welche die eifrigsten Vertheidiger der Prügelstrafe, wenn sie überhaupt belehrt sein wollen, es werden müssten. — Ich erinnere mich schon früher einmal über die eben so allgemeine als begründete Klage in Betreff der Höhe der Exekutionskosten im Civilprozeß geschrieben zu haben. Dieser Lage kam mit einem neuen Fall vor Augen, wonach Sie ersehen mögen, wie Gläubiger und Schuldner auf gleiche Weise dabei zu leiden haben. Wegen einer Forderung von circa ein bis zwei Thaler werden immer Schuldner abgefändert und in öffentlicher Auktion verkauft: 1) ein alter Schreibsekretär für 10 Sgr.; 2) ein Strohsack nebst Strohklissen für 3 Sgr.; 3) ein kleiner Kasten für 1 Sgr. Summa: 14 Sgr. Dafür wurden an Kosten liquidirt: 1) für Insersions-, Druck-, Anschlag- u. s. w. Kosten pro rata: 10 Pf.; 2) für das Verauktioniren: 2 Sgr. 6 Pf.; 3) für gerichtliche Transportkosten: 10 Sgr. 8 Pf.; Summa: 14 Sgr. Derfordernde Kreditor wird demnach bestrieden mit: Nichts! Die Schuld bleibt bestehen, dem armen Schuldner aber sind seine unentbehrlichsten Sachen fortgenommen und darin haben sich Buchdrucker, Auktionskommissarius, Arbeitsleute und wer weiß sonst noch gehalten. Warum ließ man nun nicht dem unglücklichen Exequendus nun nicht lieber das Seinige? Es liegt doch auf der Hand, daß er sich für 14 Sgr. — wenn er sie hätte! — jene Sachen keineswegs wieder kaufen kann, selbst dann nicht, wenn er auf die Neuheit gerne verzichtet. Denken wir uns aber, die Auktionskosten hätten über 14 Sgr. betragen, und das hätte durch einen Zufall kommen können, so würde man konsequenterweise den Armen für diesen Mehrbetrag abermals haben auspfänden müssen. Und so kann man endlich dahin kommen, die Sachen der Notdurft zu verkaufen — um sie zu verkaufen. Es können unseres Erachtens diese Dinge nicht ernst genug zur Sprache gebracht werden, weil noch erwiesen werden soll, wie viel Quellen und Quellen aus ihnen heraus den gewaltigen Strom des Pauperismus mit bilden helfen.

Münster, 26. Decbr. (Köln. 3.) Die mit Verlegung einiger gesetzlichen Formen am vorigen Sonnabend vorgenommene polizeiliche Durchsuchung der Theissing'schen Buchhandlung, um wo möglich den heimlichen Druck einer neulich erschienenen Schrift über den Conflict zwischen der bischöflichen Behörde und der Staatsregierung zu entdecken, hat zu keinem erwünschten Resultate geführt.

Deutschland.

Leipzig, 31. Decbr. — Seit zwei Tagen hatten sich beunruhigende Gerüchte in der Stadt verbreitet. es hieß, das Ministerium habe gegen die letzten freisinnigen Stadtverordnetenwahlen irgendwelche Schritte gethan und die Herren Biedermann, Blum, Mayer ic. würden nicht eintreten. Die Besorgnisse bestärkten sich, als gestern Abend, gegen alle Erwartung, eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten angesagt wurde, in welcher angeblich dieser Gegenstand verhandelt werden sollte. Obgleich nun diese Sitzung eine geheime war, ist doch die ganze Stadt erfüllt mit dem Gegenstande und dem Ergebnisse ihrer Verhandlung. Es war allerdings vom Ministerium durch die Kreisdirektion der Stadtrath darauf aufmerksam gemacht, daß einige der neuwählten Stadtverordneten in Untersuchung

seien und das Geeignete zu thun, veranlaßt worden; der Stadtrath ließ also die Stadtverordneten versammeln und legte ihnen die Fälle vor, welche sofort für die Stimmsfähigkeit der Betroffenen entschieden. Die Fälle wären eine frühere Untersuchung wegen burschenschaftlicher Vergehen — Heyner — Haftung einer aufregenden Rede — Biedermann am Constitutionsfeste — und Verbreitung dieser letztern — G. Mayer —. Vorgestern war die Kommandantenwahl für die Communalgarde und gewährte ein Schauspiel so tactvollen Manövriens, wie man's in Deutschland selten sieht. Die vom Ausschuss gewählten drei Kandidaten (Banquier Seyffert, Rittmeister Grobstich in Grimma und Adv. Brox hier), aus welchen sämtliche Zugführer den Commandanten zu wählen haben, entsprachen dem Wunsche der Communalgarde keineswegs; man wählte also den Banquier Seyffert, von welchem man wußte, daß er nicht annehme, mit überwiegender Stimmenmehrheit — 57 von 83 — und neben ihm erhielten Grobstich 13, Brox nur 8 Stimmen. Besonders der letztere soll ein sehr langes Gesicht gemacht haben, denn er sah sich im Geiste schon als Commandant und soll bereits mehrere Vorbereitungen getroffen haben. Der Umstand, daß er durch seinen innigen Zusammenhang mit dem Präsidenten des Appellationsgerichts, Beck, quasi als Regierungs-Candidat betrachtet wurde, scheint ihm eher schädlich als nützlich gewesen zu sein. — Unsere Minister-Krise ist in so weit vorüber, als es allgemein heißt, daß Herr v. Königswitz der entschiedenen Weigerung des Königs, seine Demission anzunehmen, nachgegeben und sich zum Wiedereintritt entschlossen habe. Damit fallen dann alle Conjecturen wieder zusammen. — Die Blätter drängen sich, die Erbschaft der Vaterlandsblätter anzutreten und kündigen, so weit es irgend geht, sich als die freisinnigsten Zeitungen an; am unverschämtesten ist wohl die „Constitutionelle Staatsbürgerzeitung“ von Philippi in Grimma, die sich gebehrdet, als ob sie Abonnenten und Mitarbeiter der Vaterlandsblätter gepachtet hätte, während sie tatsächlich in den letzten Bürgen liegt.

Frankfurt a. M., 28. Decbr. — Robert Mohls bekannte für die Wähler von Balingen bestimmte Darlegung der politischen Grundsätze, die ihn als Landtags-Abgeordneten leiten würden, ist ein Seitenstück zu Lord John Russell's Schreiben an seine Wähler der City von London. Wie verschieden aber war der Erfolg? Die k. württembergische Regierung sandt sich vermüht, Herrn v. Mohl mit Hinblick auf sein politisches Glaubensbekennnis von seiner Lehrkanzel zu entfernen; König in Victoria befahl Lord John Russell, ihm die Bildung eines Ministeriums zu übertragen, das im Sinne seines Schreibens das Staatsruder führe. Des britischen Staatsmannes Versuch, dem Befehle seiner Souveränin zu genügen, scheiterte an unvorher zu sehenden Schwierigkeiten, jedoch ohne daß man ihn deshalb eines prinzipiellen Irrthums in vorbereitem Schreiben zeihen könnte. Vielmehr ist, mit Hinsicht auf frühere Vorgänge zu vermuten, daß sich die Tories bei Wiedereröffnung der Sitzung der Regierung nach den Grundsätzen bemessen werden, die der Leiter der Whigs in Beziehung auf die Kornfrage darlegte. Eben so zwar soll auch der Lübinger Professor in der Rüge, die er über gewisse Uebelstände verhängt, nicht Unrecht haben; allein man darf wohl bezweifeln, daß die Führer des Staatsruders, den bezeichneten Uebelständen abzuholzen, seine Rüge benutzen werden. Württemberg, nächst Baden der zumeist geprägte constitutionelle Musterstaat Deutschlands, ist das eigentlichste Vaterland der Beamten-Routine, die, durch langjährige Dienstverrichtungen erlangt, zu den höchsten Verwaltungskellen qualifiziert, ohne daß zu dem Behufe eine fachwissenschaftliche Vorbildung gefordert werde. Wie aber bei allen Berufen eine gesunde Theorie die unabwiesliche Vorbedingung einer erfolgreichen Praxis ist, so vermag man auch im Staatsverwaltungswesen auf bloß empirischen Wege nicht zur Ueberschau seines Wirkungskreises, zumal in der höheren Region zu gelangen, ist diese Vorbedingung unerfüllt geblieben! — Se. Hoh. der Herzog von Nassau verbrachte die Weihnachtsfeiertage in unserer Stadt ohne alles Gefolge und lediglich in Begleitung eines Dieners. Man erzählt sich, er habe unverhohlen alles Gerede wegen einer von ihm beabsichtigten Wiedervermählung mit einer russischen Großfürstin als gänzlich unbegründet erklärt. Dagegen macht man eine deutsche Königstochter — die jüngste Prinzessin Tochter Sr. württembergischen Maj. — namhaft, der seine Hand anzutragen der Herzog entschlossen sein soll. — Am zweiten Weihnachtsfeiertage beging die deutsch-katholische Gemeinde ihren ersten solenn Gottesdienst nach der neuen Liturgie in der ihr zum Mitgebrauch eingeräumten deutsch-formierten Kirche.

Braunschweig, 30. Decbr. (A. P. 3.) In Gemäßheit einer heute erschienenen herzoglichen Verordnung vom 27sten d. M. tritt eine nochmalige Vertagung der Stände ein. Es haben sich dieselben erst am 16. Februar k. J. hier wieder zu versammeln, indem die Verhandlungen der zur Prüfung des Staats-Haushaltes niedergesetzten ständischen Kommission noch nicht soweit vorgerückt sind, daß die Wiederversammlung der Stände (nach der ersten Vertagung schon am 5. Januar k. J.) angemessen erscheint.

Mannheim, 28. December. (Mannh. Abdz.) Am

zweiten Weihnachtsfeiertage feierte die hiesige deutsch-katholische Gemeinde in dem ihr zu diesem Zwecke von dem evangelischen Schul- und Kirchengemeindetath bereitwillig überlassenen Schulhausaale den ersten feierlichen Privatgottesdienst bei verschlossenen Thüren.

Hannover, 28. Decbr. — In der Morgenzeitung wird berichtet, eine Anzahl Göttinger Studirenden der Theologie habe einen Verein zur Förderung hannoverscher Candidaten nach Amerika gestiftet, um die vielen schummernden Kräfte des zahlreichen hannoverschen Candidatenstandes aufzuwecken und die überflüssigen in die entsprechende Bahn der Thätigkeit zu leiten. Sämtliche in Halle Theologie studirende Hannoveraner haben an die Göttinger Commilitonen eine Adresse etlassen, um ihre Beistimmung und ihren Beitritt zu diesem Verein zu erklären.

München, 28. Decbr. — Um 25. Decbr. sah man, wie die Augsburger Postz. berichtet, in München zahllose Schaaren die Ludwigsstraße entlang zur Kirche gleichen Namens strömen; der bekannte Prediger Eberhard bestieg nämlich seit langer Zeit zum ersten Mal wieder die Kanzel.

Deutschland.

Wien, 31. December. — Se. Majestät der Kaiser von Russland, welcher Venetig am 27sten d. verlassen hat, ist vorgestern Abend in Bruck angelkommen, wo das Nachtlager gehalten wurde. Gestern Morgens hat Se. Majestät die Reise auf der k. k. Staats-eisenbahn über Gloggnitz, allwo Höchstselbe das Mittagsmahl einnahm, fortgesetzt, und ist unter dem Incognito eines Generals v. Romanoff Abends 8 Uhr hier eingetroffen und im kais. russischen Gesandtschafts-Hotel abgestiegen. Unter dem Gefolge Sr. Majestät befindet sich der Fürst Menschikoff und die Grafen v. Orlow und Udersberg. Da die Stunde der Ankunft Sr. Majestät des Kaisers nicht genau bekannt war, so mußten natürlich die mit einem vorgestrichen Berichte Ihnen mitgetheilten grossartigen Empfangsfeierlichkeiten unterbleiben. Se. Durchl. der General Fürst Carl v. Lichtenstein und Sr. Excellenz der Staats- und Conferenz-Minister Graf v. Tiquelmont erwarteten Se. Majestät am Bahnhofe und geleiteten Allerhöchsteselben bis in das Hotel seines Gesandten, Grafen v. Medem. Heute Vormittag 10 Uhr versüßte sich Se. Majestät in der Uniform des Allerhöchsteselben Namen führenden Husaren-Regiments in Begleitung unseres allverehrten Herrscherpaares, der sämtlichen hier anwesenden Prinzen und Prinzessinnen, der ganzen Generalität, der ungarischen und italienischen adeligen Leibgarden in die k. k. Stallsungen vor dem Burghore, um daselbst die k. k. Hof-Equipagen in Augenschein zu nehmen. Während dieser Besichtigung stellte sich die hiesige Garnison, gegen 20,000 Mann, in Parade auf dem Glaus zwischen dem Burg- und Schottenthore zu einer Revue auf. Um 11 Uhr erschien J. M. M. sammt höchstem Gefolge zu Pferde und besichtigen die in drei Treffen aufgestellten Truppen. Hierauf defilierte das Militair compagnien- und escadronsweise vor den Allerhöchsten Herrschäften; den Schluß dieser großen Militair-Parade bildete das Husaren-Regiment, welches Se. Majestät der Kaiser Nicolaus in Höchstgeiger Person vorüberschritte. Der Kaiser gab Sr. Kaiserl. Hoh. dem commandirenden General Erzherzog Albrecht, welcher das gesamme Militair commandirte, sein besonderes Wohlgesallen über den guten Zustand der Truppen zu erkennen. Besonderes Vergnügen aber schien er an seinem Regiment und dem Pionier-Corps zu haben. Diese Parade, welche vom heiligsten Witter begünstigt war, dauerte über anderthalb Stunden. Heute findet bei Sr. Maj. dem Kaiser zu Ehren des hohen Besuchers ein großes Diner statt, wozu sämtliche Prinzen und Prinzessinen des Kaiserhauses, die höchsten Staatswürdenträger, dann die Generalität und Staatsfiziere, geladen sind. Der Aufenthalt Sr. Majestät wird sich nur noch auf den morgigen Tag erstrecken.

Frankreich.

Paris, 27. Decbr. — Louis Philippe eröffnete heute die Kammer in Person. Das Wetter war außerordentlich schön; die Sonne schien hell wie an einem Frühlingstage. Einige Minuten nach 1 Uhr verkündeten die Kanonen vom Hotel der Invadien die Abfahrt des Königs von den Tuilerien. Der Zug wurde eröffnet von zahlreichen Nationalgarden, Dragonern und Municipalgarden, und der königl. Wagen war von einem glanzenden Stabe umgeben. Der Weg war auf jeder Seite von Nationalgarden und Linientruppen besetzt und das Publikum überall in gehöriger Entfernung gehalten. Allenthalben, wo der König passierte, wurde laut vive le roi gerufen. Schon um 10 Uhr waren solche Personen, welche Einlaßkarten erhalten hatten, im Saale, und um 11 Uhr waren beinahe alle Plätze, welche für das Publikum bestimmt sind, besetzt. Gegen 12 Uhr traten die ersten Pairs und Deputirten in den Saal. Etwas später kamen Thiers und Dupin, von denen der letztere laut begrüßt wurde; bald darauf erschien Berryer, dem ebenfalls laute Grüße zugeschrien wurden. Um halb 1 Uhr waren die meisten Pairs und Deputirten auf ihren Plätzen. Jetzt zog der Bâbu, Dwar-Kanauth Tagore, welcher in seinem reichen oriental. Kostüm auf einer Tribüne zur Linken sich zeigte, aller Augen auf sich. Kurz vor 1 Uhr nahm das Corps diplomatique in großer Uniform, mit Sternen und Orden, eine Tribüne zur Rechten dicht neben der der

königlichen Familie ein. Lord Cowley war allein nicht erschienen, weil er seit dem neulichen Unfalle noch nicht vollkommen hergestellt ist. Generäle, Staatssoffiziere und die Mitglieder des Staatsrates hatten unterdessen schon die Sitze vor dem Throne eingenommen. Um 1 Uhr kamen die Minister, Soult an ihrer Spitze, dicht hinter ihm Guizot, St. Bon, Salvandy und Guin-Gridaine, in den Saal und setzten sich auf die für sie bestimmten Sitze rechts vom Throne; auf der andern Seite nahmen Dumon, Mackau, Martin du Nord und Duchatel Platz. Einige Minuten nach 1 Uhr gaben die Kanonen der Favaliden das Signal, daß der Zug sich in Bewegung gesetzt und nach einer Viertelstunde verkündigen Trommeln und Trompeten die Ankunft des Königs.

Seht erschien die Königin auf der königl. Tribüne und wurde mit dem lautem Ruf: „Vive la Reine!“ begrüßt. Sie war begleitet von Mad. Adelaide, der Herzogin von Orleans, der Herzogin von Nemours, der Herzogin von Aumale und der Prinzessin von Joinville. Der Graf v. Paris, ein hübscher, klugaussehender Knabe, blieb während der ganzen Sitzung an der Seite der Königin. In diesem Augenblick traten die beiden Deputationen, welche den König empfangen hatten, in den Saal, Herzog Pasquier an der Spitze derjenigen, welche die Paarskammer repräsentirte, und Sapèy als ältester Deputierter an der Spitze der anderen. Die beiden Deputationen nahmen ihren Sitz auf den unteren Bänken des Zentrums. Sodann erschienen die Generäle, welche den Zug begleiteten, die Adjutanten des Königs und der Prinzen, die Obersten der National- und Municipalgarde und die Beamten des königl. Haushaltes. Sie nahmen den ganzen Raum hinter dem Throne ein. Den nächsten Augenblick erscholl der Ruf: „der König!“, bei dem sich die ganze Versammlung erhob. Louis Philippe hatte kaum die Thürschwelle betreten, als der Ruf vive le Roi! von allen Seiten ertönte. Er stieg die Stufen zum Throne festen Schritts und wurde, oben angelangt, nochmals auf das Herzlichste begrüßt. Der König erwiederte diese Begrüßungen durch wiederholte Verbeugungen. Endlich wurde es still. Der König nahm seinen Platz auf dem Throne ein, den Herzog von Nemours und den Prinzen von Joinville zu seiner Rechten, den Herzog von Aumale und den Herzog von Montpensier zur Linken. Der König trug die Uniform eines Obersten der Nationalgarde und erschien bei vollkommener Gesundheit. Nachdem der König die Anwesenden zum Niedersetzen aufgefordert hatte, las er mit fester, obschon etwas tiefere Stimme als gewöhnlich folgende Thronrede:

Meine Herren Palts und Deputirten. In dem Ich Sie wieder um mich vereinige, fühle ich mich glücklich in dem Gedanken, daß wir uns gemeinschaftlich zu dem Zustande unseres Landes im Allgemeinen Glück wünschen können. Ich hege die Zuversicht, daß die Übereinstimmung der Staatsgewalten und die Aufrechterhaltung unserer ordnenden und conservativen Politik (politique d'ordre et de conservation) mehr und mehr die regelmäßige Entwicklung unserer Institutionen und den Fortschritt der Volkswohlfahrt sichern werden.

Meine Regierung hat sich bestrebt, die Ausführung der großen Arbeiten, welche Sie votirt haben, zu verfolgen. Die nothwendigen Maßregeln, um sie zu beenden, werden Ihnen vorgelegt werden. Wie werden also in wenigen Jahren Frankreich einerseits mächtige Garantie der Sicherheit, andererseits die Mittel gegeben haben, seine fruchtbringende Thätigkeit zu entfalten und Wohlstand in allen Theilen unseres Gebietes und unter allen Klassen der Bevölkerung zu verbreiten. Und zur selben Zeit, daß diese wichtigen Erfolge erreicht worden sind, ist die Lage unserer Finanzen von Tag zu Tage befriedigender geworden.

Die Finanzgesetze, und verschiedene Gesetze, deren Zweck es ist, in die Verwaltung wichtige Verbesserungen einzuführen, werden Ihnen ohne Zögern vorgelegt werden.

Ich erhalte fortwährend von allen freunden Mächten friedliche und freundliche Zusicherungen. Ich hoffe, daß diejenige Politik, welche den allgemeinen Frieden mitten unter so viel Stürmen erhalten hat, eines Tages das Andenken meiner Regierung ehren wird.

Die Freundschaft, welche mich mit der Königin von Großbritannien verbindet und welche sie mir erst neulich so wohlwollend (affectionnément) bewiesen hat, und das gegenseitige Vertrauen unserer beiden Regierungen haben die guten und innigen (intimes) Verhältnisse der beiden Staaten glücklich gesichert. Der zwischen uns abgeschlossene Vertrag zur Aufstellung des schändlichen Sklavenhandels wird in diesem Augenblicke vollzogen. Auf diese Weise wird durch die freundliche (cordiale) Zusammenwicklung der Sembläte beider Staaten der Sklavenhandel wirksam unterdrückt und zur selben Zeit unser Handel unter die ausschließliche Aussicht unserer Flagge gestellt. Ich habe Grund zu hoffen, daß die gemeinschaftliche Thätigkeit Frankreichs und Englands an den Ufern des La Plata die Wiederherstellung regelmäßiger und stiefsfertiger Handelsverbindungen, das einzige Ziel unserer Anstrengungen, bewirken wird.

Ereignisse, welche ich betrüre, aber welche den Heldenmut unserer Soldaten von Neuem leuchten lassen, haben unsere afrikanschen Besitzungen beunruhigt; ich habe schnelle Maßregeln getroffen, damit die französische Herrschaft überall die Kraft und das Uebergericht besitze, welche ihr gehören. Mit Hilfe der See wird unsere energische Ausdauer die Sicherheit und den Wohlstand Algeriens gründen.

Meine Herren, Sie haben mir Ihren treuen Beistand in der großen und schweren Aufgabe gewährt, welche zu erfüllen der Wunsch des Volkes mich berufen hat. Die Vorsehung hat meine Anstrengungen gesegnet. Auch in meiner Familie hat sie mit kostlichen Trostungen bereitet. Überall, wo meine Söhne erscheinen sind, haben sie den Namen Frankreichs würdig geführt. Meine Enkel vermehren sich an Zahl und wachsen unter meinen Augen auf. Mein thuerster Wunsch und meine süßeste Hoffnung ist, daß, durch unsere Ergebenheit an Frankreich und durch unsern Eifer, ihm wohl zu dienen, uns seine Liebe gesichert und die innige Verbindung meiner Familie und meines Vaterlandes auf immer festigt sei.“

Ein lautes Ruf: Vive le roi! begrüßte den Theil der Rede, welche von der Friedenspolitik, welche das Andenken seiner Regierung ehren würde, handelte und ein noch lauterer Beifallsruf erklang, als der König erwähnte, daß die Vorsehung seine Anstrengungen gesegnet habe. Auch am Schlusse rief man laut: „es lebe der König!“

Duchatel, Minister des Innern, nahm dann den neu ernannten Paars und dann 15 oder 16 neu erwählten Deputirten den Eid ab; worauf Martin du Nord, der Justizminister, in der gewöhnlichen Weise die Eröffnung der Kammern ansetzte.

Nun entfernte sich der König unter lauten und herzlichen Begrüßungen in derselben Weise, als er gekommen war. Die vollkommene Ordnung zeichnete die Feierlichkeit aus. Der König war von dem herzlichen Empfang ganz gerührt.

Der Congres der Journalisten, die für die Wahlreform sind, hat begonnen. Schon in den vorbereitenden Versammlungen aber ergab sich eine Spaltung zwischen den Republikanern, die von der Volkssovereinheit ausgehen und den monarchisch Gesinnten. Eden so sehr, wie über das politische Prinzip, weichen sie über den Gegenstand der Berathung, die Wahlreform, von einander ab. So kam es, daß der Congres sich noch gar nicht zu konstituieren vermochte; an den öffentlichen Orten in Paris bildeten sie sehr unharmonische Gruppen, die sich über einander lustig machen.

Der Gesandte Frankreichs in Persien, Hr. v. Sartiges, sagte in seinen letzten Briefen, daß, nachdem durch die Sorgfalt des Dr. Cabat im Zustande des Schach eine entschiedene Besserung eingetreten war, dieser seinen Amt und seine Lebensweise gewechselt habe, worauf er von neuem von seiner ersten Krankheit befallen worden. Man glaubt, daß aus dieser Nachricht das Gerücht vom Tode des Schach entstanden sei.

Das J.-d. Déb. betrachtet die Reform unsers Gefängniswesens. Man entstellt sich, daß die Paarskammer, ehe sie das Schweigystem eingeführt wissen wollte, vorher die Ansicht sämtlicher Gerichtshöfe des Reiches zu hören begehrte. Demgemäß sandte der Minister des Innern eine Aufforderung an alle richterlichen Behörden, ihr Gutachten über dieses so viel besprochene pensylvanische System abzugeben. Diese Gutachten sind nun eingelaufen, der Minister hat sie drucken lassen, und das Journ. des Débats teilt sie im Auszuge mit. Sechs Fragen waren den Behörden zur Berichterstattung vorgelegt worden. Die erste lautet: Kann das Schweigystem gegen alle Sorten von Angeklagten und Straflingen angewandt werden, ohne das Strafgesetzbuch von Grund aus zu ändern? Dreizehn Obergerichtshöfe haben mit Ja, jedoch die oberste richterliche Landesbehörde, der Cassationshof mit Nein geantwortet. Die zweite Frage: ob die Trennung während der Tag- und Nachtzeit bei allen Verbrechern ohne Unterschied eintreten solle, beantworteten 23 Gerichtshöfe mit Ja. Die vierte Frage: Soll das Schweigystem auch die Zwangsarbeiter treffen, bejahten zwanzig Gerichtshöfe. Eden so bis antworteten 22 Gerichtshöfe die fünfte Frage: ob man auch Personen, die nur zu einem Jahr und weniger Strafzeit verurtheilt worden, dem Schweigen unterwerfen solle, mit Ja. Weniger günstig nahm man die sechste Frage: ob auch der Personalarrest durch Schweigen erhärtet werden solle; denn nur 13 Höfe stimmten für diese Ansicht. Die größte Uneinigkeit herrscht noch über den ökonomischen Theil dieser Gefängnisart; doch hält das Journal des Débats diese Bedenkenlichkeit für leicht abzumachen, weshalb wir nächstens mit Einführung dieses beliebten Systems in den Strafanstalten des ganzen Landes erfreut werden dürfen.

Aus Toulon schreibt man vom 22ten: „Die Staatsbrigge le Marsouin, welche heute auf unserer Bühne von Oran angelangt ist, hat Nachrichten aus dieser Stadt bis zum 15. Dec. überbracht. Aus Ghazaouat wird berichtet, daß General Cavagnac das zwischen Tlemcen, Talla-Maghnia und jenem Posten gelegene

Land unaufhörlich durchstreift, und daß mehrere Stämme den Aman verlangt hatten; Alles aber, was man in Betreff der Gesinnungen der Stämme sagt, ist sehr vag; eine positive Thatache ist es, daß sich der Sturm an den Grenzen Morocco's zusammenzieht. Briefe von Offizieren, die gut unterrichtet sein können, versichern, daß sich große Ereignisse auf dieser Seite vorbereiten, wo sich sämtliche active Streitkräfte des Feindes concentrieren.“

Die Regierung beabsichtigt dem Vernehmen nach im nächsten Frühlinge eine außerordentliche Botschaft an den Hof des Kaisers von Morocco zu senden. Es wird diese Botschaft, wie die, welche nach Persien und China gesandt wurden, aus einem zahlreichen Personal bestehen. Sie wird, nachdem sie einige Zeit zu Miquinez an dem Hofe des Kaisers verweilt haben wird, die Hauptpunkte im Innern des maroccanschen Reichs besuchen.

Großbritannien.

London, 26. Decbr. — Der Morning Herald gibt sich in einem Artikel ganz besondere Mühe, den Capitalwert des ländlichen Grundbesitzes und den Verlust nachzuweisen, den eine Veränderung der Getreidegesetze für denselben zu Wege bringen müßte. Er veranschlagt den Betrag des im Grundbesitz in Großbritannien und Irland fest angelegten Capitals auf 2,605,000,000 Lstr., und das in den Inventarien der ländlichen Grundstücke steckende Capital auf 710,000,000 Lstr., den ganzen Capitalwert zusammen daher auf 3,315,000,000 Lstr., wovon sich der jährliche Ertrag, inclusive der Grundrenten und aller direkten Belastungen, nach seiner Berechnung, jährlich auf 87,000,000 Lstr. belaufen würde. Die Aufhebung der Getreidegesetze würde den jährlichen Ertrag um den vierten Theil, also um 21,750,000 Lstr. und den Wert des im Inventarium steckenden Capitals um 177 Mill. 500,000 Lstr. verringern; berechnete man den jährlichen Ausfall des Ertrages zu Capital (einen dreißigjährigen Ertrag zum Grunde legend), so würde das eine Verminderung des Grund-Capital selbst im Betrage von 652,500,000 Lstr. ergeben. Ein so großer Ausfall, behauptet der Herald, könnte nicht statfinden, ohne daß die Fähigkeit des Staates, seine Ausgaben in dem jetzt bestehenden Maße zu bestreiten, wesentlich beeinträchtigt würde und sucht nun die Summe zu bestimmen, welche zunächst die Pächter, dann die Fabrikanten und endlich die Consumenten im Allgemeinen in Folge der Verminderung des Grund-Capitals der Grundbesitzer alljährlich einbüßen würden, wobei er u. U. behauptet, daß in London allein die Aufhebung der Getreidezölle eine Minderconsumtion von 30,000,000 Lstr. herbeiführen würde. Diese Minder-Einnahme und Minder-Ausgabe, füht er weiter fort, würde natürlich auch die Staats-Einnahme beschränken; sie würde von 54,000,000 Lstr. mindestens 10,000,000 Lstr. einbüßen und das Resultat würde sein, daß, wenn man diesen Ausfall nicht mehr decken könnte und dazu würden die Ressourcen fehlen, man sich nicht anders würde helfen können, als durch Stretching des dritten Theiles des National-Schuld, dessen Zinsbelastung jene Summe repräsentiert. Es ist nicht möglich, diese finsternen Prophesien zu versorgen, wenn sie auch zu nichts Anderem dienen können, so beweisen sie doch klar genug, daß die Getreidegesetze auf dem Stadium ihrer Existenz angelangt sind, wo ihre Vertheidigung selbst schon an ihrer Erhaltung so sehr zu zwecken anfangen, daß sie es mit den Mitteln der Vertheidigung nicht mehr so genau nehmen zu müssen glauben. Mittlerweile setzt die Anti-Corn-Law-League ihre Bemühungen eifrigst fort, um ihr, wenn auch vorläufig wieder etwas mehr zurückgeschobenes Ziel, in möglichst kurzer Zeit zu erreichen. Den Beweis liefert, die am 23ten d. M. in Manchester gehaltene Versammlung, in welcher die ersten Unterschriften zu der vor Kurzem beschlossenen neuen Subscription von 250,000 Lstr. entgegengenommen wurden, und welche in Zeit von etwa vier Stunden eine Summe von 61.894 Lstr. lieferte. Unter solchen Umständen wird das Ministerium Peel, wenn es die Fortdauer der Getreidegesetze zu einer der Grundlagen seiner Existenz macht, wohl schwierlich auf eine sehr lange Dauer rechnen können.

Die furchtbaren Nordwest- und Nordoststürme der letzten Woche haben schreckliche Schiffbrüche an vielen Küsten zur Folge gehabt. Seit den unheilvollen Stürmen von 1839 ist die Schifffahrt nicht so heimge sucht worden. Mehr als 30 Küstenschiffe sind untergegangen und auch mehrere Handelschiffe von der Ferne her, mit wertvollen Ladungen, wurden den Wellen zur Beute. Was man in Erfahrung gebracht, ist schon so schlimm, daß man nur noch schlimmere Botschaften zu gewartet hat. Ein Dampfschiff von London nach Bremen ist während des Stürmes verloren gegangen, den Itten lief es aus, seit welcher Zeit man nichts mehr von ihm gehört, es scheint mit Mann und Frau untergegangen zu sein.

Erste Beilage zu № 2 der privilegierten Schlesischen Zeitung.

Sonnabend den 3. Januar 1846.

Gestern Morgen ist in Liverpool der Wasserbehälter der Liverpool und Harrington Wasserleitung, welcher 250,000 Gallons halten kann, in dem Augenblicke gesprungen, als er bis zu zwei Drittheilen vollgepumpt war und hat eine so plötzlich Überschwemmung in dem Gebäude der Wasserleitung selbst, so wie in den benachbarten Häusern veranlaßt, daß dieselben bedeutend beschädigt, mehrere Menschen ertränkt und selbst in der Straße einzelne Individuen fortgeschwemmt worden sind. Das Ereignis kündigte sich mit einem donnerähnlichen Geräusche an und überraschte alle in den benachbarten Häusern wohnenden Personen dergestalt, daß sie erst lange nachdem sich das Wasser verlaufen hatte, zur Besinnung kommen konnten. Vier Personen sollen getötet sein, acht sind, theils mit Arma- und Beinbrüchen ins Hospital gebracht worden.

Auf der Nordrichthahn trug es sich Mittwoch zu, daß die Lokomotive aus dem Gleise kam und rechtsab 200 Ellen weiter lief, wo sie dann einen Abhang hinabstürzte und in den Boden sich wühlte. Ein glücklicher Stern wälzte über dem Unfall. Die Kette nämlich, welche den Tender mit den Waggonen verband, brach zum Glück und so stürzten sie nicht mit hinunter, sonst wäre es um sie geschehen gewesen. Der Lokomotivführer und der Heizer büßten ihr Leben dabei ein.

Die brasilianische Regierung hat ein von ihrem Minister Antonio Paulino Limpio de a Breu unterzeichnetes Protestdocument gegen Großbritanniens Verfahren gegen Brasilien, wegen der Unabhängigkeit dieses letzten Staates an dem Slavenhandel eingesendet. Das Document ist von bedeutender Länge, giebt eine historische Übersicht des Slavenverkehrs seit Jahrhunderten, und begründet darauf das Recht Brasiliens, die von Großbritannien aufgestellte Definition des Slavenhandels als Seeraub zurückzuweisen. Es sucht dieses Document, um England in dieser Hinsicht in schlechten Glauben zu sezen, nachzuweisen, daß England noch heutigen Tages indische Slavencōonen, daß Russland, Frankreich, Spanien, Portugal und die Vereinigten Staaten die Slaverie noch nicht abgeschafft haben. Schließlich beruft das Document sich auf die Gerechtigkeitsliebe der brasilianischen Regierung, welche völlig bereit sei, zur allmäßigen Abschaffung der Slaverie das Thrigre beizutragen, und daher einem auf billigen Bedingungen basirten Verträge beizutreten, nicht verweigern werden.

Schwitzerland
Aargau. Sonntag, den 14. Dec., kam von Zürich her ein Herr, angeblich Baron von Schauenburg, hierher. Er logierte bei drei Königen, wo er die Bekanntschaft mit Hrn. Rector Meienberg mache und demselben mittheilte, daß er der Gesellschaft Jesu angehöre. Der gleiche Baron besuchte den Pfarrer Meier, gab sich auch dort für einen Jesuiten aus und erhielt vom Pfarramte die Erlaubnis, den nachmittägigen Gottesdienst, die Vesper, zu halten. Nachher gab dieser geistliche Baron ein Essen, an welchem die Geistlichkeit und Rector Meienberg theilnahmen. Als Tags darauf dieser Jesuit fort und das Essen mit 50 Fr. zahlen wollte, hatte er kein Geld und mußte seine goldene Uhr zurücklassen. Das gleiche Subject begab sich von hier nach Lenzburg, wo es durchbrennte und sodann am gleichen Tage in Aarau arietirt wurde. Wer ist nun dieser Jesuit und Baron, der in Bremgarten die Vesper gehalten und ein fürstliches Mahl gegeben? Es ist dies ohne Zweifel ein abgefahrener Elsässer Jude, der in Zürich sich mehrerer Prellereien schuldig gemacht und ein lächerliches Leben geführt hat.

Neuenburg. Der „Nouv. Vaub.“ bringt dem Const. Neuch., der sich herausnimmt, der Regierung von Waadt über ihr Benehmen gegen die Geistlichkeit den Text zu lesen, eine Antwort Friedrich des Großen auf gewisse Beschwerden der Neuenburger Prediger im Jahr 1766 in Erinnerung, an deren Schluss Friedrich der Große eigenhändig schrieb: „Ihr verdient nicht, daß man Euch beschützt, wenn Ihr nicht in dem Moze evangelische Sanftmuth zeigt, als gegenwärtig der Geist des Schwindels, der Unruhe und des Aufstehens unter euch herrscht.“

Wallis. Nicht ohne Interesse ist die Art, wie die Gaz. de Simplon, dieses Jesuitenblatt des Besuches des Kaisers aller Rassen bei Sc. Heiligkeit erwähnt: „Wolle Gott, daß der Stolz des Selbstherrschers aller Rassen und des Königs von Polen sich beuge vor der Macht des Knechtes der Knechte Gottes, der die Welt regiert!“

Italien.
Ein Correspondent der Bremer Zeitung schreibt aus Rom Folgendes: „Merkwürdig ist es, wie die bessigen deutschen Correspondenten der Augs. Allg. Zeitung“, unter denen man namentlich einen Bruder des bekannten schles. Prof. Theiner vermutet, seit dem unglücklichen Aufstandsversuche von Rimini in jener Zeitung, die hier von allen deutschen Zeitungen allein gelesen werden darf, das Glück, die Verwaltung und den blühenden

Zustand im Kirchenstaate preisen. Neulich sagte mir ein Römer, indem er mir ein Zeitungsblatt hinzog: „Weiß man denn wirklich bei Euch in Germania so gut nicht, wie es hier zugieht, daß man dort so etwas von hier aus zu schreiben wage?“ Es war einer jener Artikel. Ich las ihn und fand, daß der Verfasser auf einer und derselben Seite die Behauptung aufstellte, daß die wahre Freiheit nirgends so vollständig, wie im Kirchenstaate realisiert sei und dieser Behauptung zugleich wenige Zeilen weiter mit der andern ins Gesicht schlug, „daß die Römer für die Freiheit noch nicht reif seien.“ Ich fürchte sehr, daß das mit dem Warten- und Keifwerdenlassen einmal ein schlimmes Ende nimmt. Die Früchte, die man zu lange „reif werden“ läßt, werden leicht endlich faul. Das sollte man eben so gut jenseits wie diesseits der Alpen bedenken.

Der Fränk. Merk. theilt folgendes „an eine hochgestellte Person“ in München gerichtet Schreiben aus Rom über die Zusammenkunft des Kaisers Nikolaus und des Papstes mit: „Der Kaiser selbst brachte nach den ersten üblichen Höflichkeitsbezeugungen durch eine feine Wendung des Gesprächs die Rede auf die kirchlichen Verhältnisse und drückte Sr. Heiligkeit den Wunsch aus, die bisher beständenen Irrungen durch gegenseitige Verständigung beigelegt zu sehen, indem er ausdrücklich beifügte, daß dies neben der Absicht, Sr. Heiligkeit seine Verehrung zu erweisen, ein Hauptmotiv seines Besuches bilde. Der Papst nahm hierauf Anlaß, dem Kaiser in kurzen aber scharfen und ergreifenden Umrissen eine Schilderung der Leiden und Verfolgungen der katholischen Kirche in Russland zu entwerfen. Bei einzelnen Thatsachen soll der Czar zu wiederholten Malen ausgerufen haben: „Unmöglich, es kann nicht sein!“ Hierauf folgte die Versicherung, daß Alles auf das Strengste untersucht und bestraft werden solle. Ausführliche Mittheilungen sammt Belegen bat er sich durch den Kardinal Staatssekretär aus, da das Gespräch Sc. Heiligkeit zu sehr ermüde und anstreife. Der genannte Kardinal hatte denn auch später mehrere Audienzen bei dem Kaiser, denen auch der russische Gesandte, Hr. v. Butenoff, beiwohnte. Der Czar soll dabei im Laufe des Gesprächs unter Anderm die Neuzeitung gehabt haben: „er könne keinen Staat im Staate dulden, auch nicht ruhig zusehen, wenn man die Religion als Deckmantel hochverrätherischer Pläne und Umtriebe missbrauche.“ Bei seiner letzten Zusammenkunft mit dem Papste wiederholte der Kaiser die früher gegebenen Versicherungen, im Wesentlichen jedoch nichts weiter hinzufügend, als daß er seinem Gefandten Befehle zur sofortigen Einleitung von Unterhandlungen gegeben habe, durch welche das Verhältniß der katholischen Kirche in Russland dem Staate gegenüber festgestellt werden solle.“

Griechenland.

Ancona, 15. Dec. (A. B.) Die letzte Post aus Griechenland bringt die Nachricht, daß Hr. Piscatory dem Minister Kolettis eine Depesche des französischen Ministers des Äußern mitgetheilt, worin dieser seine Zufriedenheit mit der von Kolettis wegen Erfüllung der Obliegenheiten der Regierung zu Athen hinsichtlich der griechischen Schulden erhältlichen Antwort ausspricht, und zugleich die Versicherung giebt, daß das französische Kabinett allen seinen Einfluß in London geltend machen werde, damit dasselbe Kolettis gründliche Darstellung der griechischen Finanzlage gehörig gewürdigt werde. Zugleich erfährt man, daß Hr. Guizot eine Denkschrift an das britische Ministerium gerichtet hat, die unwiderleglich die Unmöglichkeit beweist, daß die griechische Regierung in diesem Augenblick den Anforderungen Englands nachkomme.

Omanisches Reich.

Türkische Grenze, 12. Decbr. (A. B.) Englische und russische Agenten sind in Tassy und in Bucharest thätig, um mit den Besitzern der dortigen Staats- und Privatwaldungen Verträge zur Ausbrutung des Schiffsoaholzes zu schließen.

Beyrut, 30. Novbr. (A. B.) Schekib Effendi ist vor einigen Tagen über Saïda hierher zurückgekehrt. Wiewohl er versprochenemal die Weisung gegeben hatte, daß die Christen in den gemischten Districten von den Drusen nicht zur Auslieferung ihrer Waffen gezwungen werden sollen, brauchen diese doch im Verein mit den Truppen allerlei gewaltsame Mittel um sie dazu zu nöthigen. Da hört man von allen Seiten die schändlichsten Handlungen. Nichts ist ihnen heilig, Weiber und Mädchen werden im Angesicht ihrer Männer und Eltern geschändet, Kinder an der Mutterbrust gemeuchelt um auf diese Weise Waffen und Geld zu erpressen, die Priester am Altar während des Gebets mishandelt. In den Districten endlich wo die Christen die Mehrheit bilden, machen wieder die Soldaten gemeine Sache mit den Drusen und sezen sie so in die Lage trock ihrer Minzderzahl als Herren der Christen aufzutreten. Bescharre,

ein von Maroniten bewohnter Ort, wohin sich sehr viele Christen geflüchtet hatten, widersetzte sich der Entwaffnung. Namik Pascha schlug nun mit seinen Truppen seine Richtung dorthin ein. Es kam zum Kampf, die Maroniten wehrten sich wie Verweifelte, mußten aber endlich der Übermacht weichen, nachdem sie eine große Menge der türkischen Soldaten getötet hatten. In Hebron, Naplusa und Latakia, überhaupt im Innern wie an der Küste, ist völlige Anarchie.

Trapezunt, 2. Decbr. (A. B.) Nach bald dreijährigem Aufenthalte einer gemischten Commission in Erzerum zur Schlichtung der persisch-türkischen Differenzen war endlich eine Übereinkunft zu Stande gekommen, die zwar vom Hofe zu Teheran genehmigt, von der Pforte aber verworfen wurde; die also, wenn die mitwirkenden europäischen Mächte, England und Russland, nicht einschreiten, nicht zur Ausführung kommen kann.

Magdeburg.

Magdeburg, 30. Decbr. — Gestern früh fand sich bei einem hiesigen Wundarzte ein Mann aus der nahe gelegenen Sudenburg ein und suchte dessen Hilfe für sich nach. Er hatte eine Schnittwunde im Halse und zwei Stichwunden in der Brust, das Gesicht war ihm teilweise geschwärzt und der starke unter dem Kinn herumgehende Bart war zum Theil versengt. Dabei befand sich dieser Mann in einem sehr aufgeregten Zustande, war nur mangelhaft bekleidet und trug namentlich keine Stiefeln. Darüber bestagt, wie er in diesen Zustand versetzt worden sei, erzählte er, er sei in seiner Wohnung überfallen worden, habe seinen Angreifer verfolgt, sei von diesem in der Weise, wie der Augenschein zeige, verwundet worden, ohne dessen habhaft werden zu können und vermutete, daß seine Familie in der Wohnung erstochen oder verbrannt sei. Die bald darauf aus der Sudenburg eingehende Nachricht bestätigte die letztdachte Vermuthung. Es war in seinem Hause Feuer entstanden; als man es bemerkte, war man genötigt gewesen Thüren und Fenster einzuschlagen, um einzudringen und hatte, nachdem man des Feuers Herr geworden, eine Menge Leichen gefunden und deshalb angenommen, die ganze Familie sei verbrannt. Als man aber erfuhr, daß der Hausherr selbst nicht mit verunglückt, sondern in Magdeburg sei, richtete sich sogleich die allgemeine Stimme gegen diesen und rief den Verdacht eines von ihm verübten Verbrechens hervor. Und dieser Verdacht wird durch die bis jetzt statt gehabten vorläufigen Ermittelungen leider vermehrt. Die Verlebungen des H., namentlich der Schnitt in den Hals, sind nicht von der Art, daß man annehmen kann, sie seien ihm beim Ringen von einem andern beigebracht, sondern geben der Vermuthung Raum, H. habe sich selbst verwundet. Der Umstand, daß er den Angreifer weit verfolgt und inzwischen die Seinigen verbrennen läßt, vermehrt den Verdacht um so mehr, als jede Spur der Verfolgung fehlt, die sich bei dem weichen Boden auf dem von H. bezeichneten Wege hätte finden müssen. Dazu kommt das Verschlossen sein aller Zugänge zum Hause, obgleich H. dasselbe eilig verlassen haben will, und dann die Aussage, er sei nach der Verfolgung des Angreifers noch einmal nach Hause zurückgekehrt, um sich Strümpfe anzuziehen. Was wäre da wohl natürlicher gewesen, als Lärm zu machen und polizeiliche und ärztliche Hilfe, die nahe war, nachzusuchen, anstatt sich zu diesem Beschuße nach Magdeburg zu begeben. — Wenn nun schon alle diese Umstände zusammengekommen den schrecklichsten Verdacht gegen H. begründen dürften, so dringt der Befund bei Besichtigung der Leichen einem jeden die moralische Überzeugung auf, daß H. die Seinigen ermordet habe. Es war ein schrecklicher Anblick! Sechs Leichen, die Mutter mit fünf Kindern von resp. 18 bis 2 Jahren, durch das Feuer so furchtbar zugerichtet und entstellt, daß man sie kaum noch als menschliche Körper erkennen konnte, zum Theil gebraten, zum Theil verbrannt und verkohlt, und — merkwürdige Fügung — doch noch so erhalten, daß sich die Spuren der Gewaltthätigkeit, Schnitte in den Hals und Bruchmetzung der Schädel, an den Körpern mit Sicherheit erkennen und, verbunden mit den bedeutenden Blutsprutzen, welche sich in dem Zimmer, an den Betten, Möbeln u. zeigen, das Gutachten der Sachverständigen dahin aussagen ließen, daß die Verstorbenen vor dem Verbrennen schwere und tödtliche körperliche Verletzungen erhalten haben. — So läge denn hier der Verdacht eines gräßlichen Verbrechens vor, eines Verbrechens, das nur zu denken das Gefühl sich sträubt. Ein Familienvater sollte seiner Frau und fünf Kindern den Hals abschnitten, den Schädel eingeschlagen, ihre so verkümmerten Körper den Flammen Preis gegeben und sich dann selbst verletzt haben, um sein Verbrechen zu verdecken und einem Andern aufzubürden? Wahrsch. kaum zu glauben und bei der Persönlichkeit des H. zusammengehalten mit den vorgedachten Umständen, doch nur zu wahrscheinlich. — H., welcher zuletzt in der Sudenburg die Schmelzerei (den Handel mit Schmalz und Fette)

waren) betrieb, steht, wenngleich noch kein Verbrechen gegen ihn vorlag, nicht in dem besten Rufe. Er ist der Criminal-Gerichtsbehörde überlieferd worden. Er befindet sich jedoch in einem Zustand, der seine ausführliche Vernehmung nicht zulässt. Der eine von den Sischen in die Biuk ist nämlich so tief eingedrungen und hat so bedenkliche Folgen auf seinen Körperzustand herbeigeführt, daß sich nicht absehen läßt, ob H. mit dem Leben davon kommen wird.

Athen, 13. Dec. Ein Diebstahl an zwei kürzlich von Smyrna hieher gekommenen Damen, in der Nacht vom 11ten durch Einbruch in ihre dem österreichischen Gesandtschaftshotel benachbarte Wohnung verübt, hat

ganz Athen aufgereggt. Die öffentliche Stimme beschuldigt die Polizei, welche der Vizepräsident der vorigen Kammer Herr Kaliphronas durch die Seingene dirigit, dieses Verbrechens. In der That sind in dem geheimen Kellergewölbe eines Polizidiens die geraubten Diamanten gefunden worden. Als gestern der Polizeikommissair beim Staatsprocurator vernommen wurde, war die Hermessstraße vor dessen Bureau stundenlang mit Menschen gefüllt, welche zwei Polizidiens und dem Diener der Damen bei der Aufführung ins Gefängnis ein Pecat brachten, vornehmlich aber den verhafteten Commissair zu beschimpfen dachten. Starke Patrouillen räumten die Straßen, während englische Agenten die Hände reibend. Schlimmes für die Nacht

prophezeiten. Der Unwill ist allgemein, da wenige Einwohner von Athen die etwas bestohlen in den letzten zwei Jahren nicht bestohlen wurden, oder durch den Hochmuth der Polizeibeamten auf die eine oder andere Weise zu leben gehabt. Diese waren in ihrem Übermuth so weit gegangen, die Gendarmerie zu insultieren, welche sich dafür durch die Entdeckung der Uebersee des Diebstahls rächte. Nachricht, 14. Dec. Die Nacht ist ruhig vorübergegangen. Der Argwohn des Publikums gegen die Polizei, als Urheberin des gemelbten Diebstahls, hat sich keineswegs gemindert, noch gibt das Resultat der Untersuchung bis jetzt Grund zur Minderung. (A. Z.)

Schlesischer Nouvelles-Courier.

Schlesische Communal-Angelegenheiten.

Breslau, 1. Januar. — In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde von einem Mitgliede der Antrag gestellt, dem Herrn Ober-Bürgermeister Pinder eine Gehaltszulage von 500 Rthlr. zu gewähren. Dieser Antrag fand nicht bloß Unterstützung, sondern auch zugleich die Erweiterung, daß eben sowohl in Rücksicht der persönlichen Leistungen und der Gesinnungstüchtigkeit des Oberbürgermeisters, als auch der Stellung, in welcher derselbe die Bürgerschaft einer großen Commune würdig zu repräsentiren habe, eine Gehaltszulage von 1000 Rthlr. ganz angemessen sei. Die Versammlung gab bereitwillig zu dieser Gehaltserhöhung ihre Bewilligung.

Ein zweiter Antrag, dem Herrn Baurath Henning 300 Rthlr. Gehaltszulage zu gewähren, ward ebenfalls einstimmig zum Besluß erhoben. Beide Gehaltserhöhungen sollen vom 1. Jan. 1846 ab etatirt werden; die erste Stelle würde demgemäß mit 4000 Rthlr., die des Bauraths mit 1600 Rthlr. (dies Gehaltmaximum ist für diese Stelle schon früher bestimmt worden) in die Etats gebracht werden.

(Leihamt.) Die Effekten, welche als Pfänder im städtischen Leihamt deponirt waren, wurden bis jetzt bei der städtischen Feuersocietät assekuriert und zwar nur mit 15000 Rthlr. Die Unzulässigkeit einer Versicherung von Mobilien in einer Immobiliar-Versicherungs-Societät veranlaßte den Magistrat, den Antrag zu stellen, diese deponirten Leihamts-Effekten in einer auswärtigen Societät zu versichern. Der Magistrat machte den Vorschlag, da sich herausgestellt, daß der Gesamtwert der im Laufe eines Jahres zur Deposition kommenden Effecten sich auf 100000 Rthlr. belaute, diese Summe zur Hälfte in der Colonia gegen einen Prämienzins von $1\frac{1}{2}$ pro Tausend, und zur Hälfte in der Borussia gegen einen Prämienzins von $1\frac{1}{4}$ pro Tausend zu versichern. Die Stadtverordneten-Versammlung vertrat diese Angelegenheit, um privatim bei einzelnen Societäten noch günstigere Bedingungen zu erwirken, was auch in so weit gelungen ist, als die Magdeburger Gesellschaft 50000 Rthlr. auf sieben Jahre gegen $1\frac{1}{4}$ Prämie pro Tausend unter Anrechnung eines Freijahres und 8 Prozent Rabatt von dem Prämierando-Betrage und die Colonia 50000 Rthlr. auf fünf Jahre gegen $1\frac{1}{2}$ pro Tausend unter Anrechnung eines Freijahres bei Vorauzahlung der ganzen Prämie in Versicherung nehmen will. Dies Resultat wurde dem Magistrat mitgetheilt und derselbe ersucht, die Versicherungen einzuleiten.

(Die Sparkasse.) In unseren calamitösen Zeiten, in denen es für den Bürger immer schwerer wird, augenblicklich selbst gegen geldwerthe Papiere geringe Summen aufzutreiben, muß es sehr wünschenswerth sein, ein Institut zu besitzen, welches gegen solche Papiere kleine Summen auf zwei bis drei Monate gewährt. Die Sparkasse soll nun aus diesem Grunde, nach dem Antrage des Magistrats, künftig gegen geldwerthe Papiere, die oft selbst mit Opfern nicht gleich umzusetzen sein würden, 5—40 Rthlr. auf zwei bis drei Monate gegen 6 Prozent Zinsen ausleihen. Die Versammlung hielt den Antrag für sehr erwünscht, ersucht jedoch den Magistrat, um diese Maßregel recht nuzbringend für die Bürger zu machen, den Prozentsatz von 6 auf 5 Prozent herab zu setzen.

(Armenärzte.) Die Armandirektion macht unter Zustimmung des Magistrats den Antrag zur Remunerierung der Armenärzte 400 Thlr. aus Kämmerei-Fonds zu bewilligen. Die Versammlung genehmigte die Summe, ersuchte jedoch die Direktion, vor der Reparation die Bezirkvorsteher zu hören, und die Reparationslisten abschriftlich der Versammlung mitzutheilen. Wir werden nächstens ausführlicher auf diesen Gegenstand zurückkommen, da, so viel uns bekannt ist, in den allgemeinen

Armenverwaltungs-Etats, welche zur Prüfung vorliegen, ein Antrag sich befindet, nach welchem Armenbezirksärzte, die in ihren Bezirken stets wohnen müssen, besonders angestellt werden sollen.

(Nachtpatrouillenre.) Der Magistrat machte den Antrag den Nachtpatrourieur Eschbach in Ruhestand zu versetzen und ihm monatlich 6 Rthlr. Pension zu gewähren. Die Versammlung gab ihre Bewilligung. Wir theilen dies nur aus dem Grunde mit, um dem Publikum zu zeigen, in welchen Händen die Sicherheit der Stadt bei Nacht noch immer ruht. Dieser Patrouilleur ist 74 Jahr alt und erst in den Jahren in seinen Posten getreten, wo nach dem natürlichen Verlauf der Dinge körperliche Schwäche auch den Rüstigsten zu kräftigen körperlichen Anstrengungen untauglich macht. Dieser Fall steht aber nicht isolirt. Alle Nachtwächter sind mehr oder weniger hochbejährt! sie schleichen Nächts auf den Straßen, als wären sie Europäläude; ihr Schritt ist bedächtig, schlurfend, reactionär bis zum Stillstand. Sie verschlafen die langwellige Zeit der Nacht und überlassen dem Monde die Bewachung der Straßen. Leider ist diesem Uebel nicht abzuholzen, da der Staat die Stadt zwingt, nur an Pensions- oder Versorgungsberechtigte, die immer über die Mitteljahre weit hinaus sind, diese Posten zu vergeben.

(Wahlen.) Gewählt wurden: zum Kämmerei-Kassenkurator auf 6 Jahre der Stadtverordnete Klocke, und für eben die Zeit die Stadtverordneten Seit, Müller und der Stadtverordneten-Stellvertreter Sturm, zu Stellvertretern der Kämmerei-Kassenkurator: an die Stelle des um seine Entlassung eingekommenen Bezirks-Vorstechers Beyer ist der Seifensiedermeister Ecke als Vorsteher im Nikolai-Bezirk I. gewählt worden. Zur Deputation für die Strafanstalt ist der Stadtverordneten-Stellvertreter Löschburg als Mitglied ernannt worden.

Tagesgeschichte.

+ Breslau, 1. Januar. — In der Nacht vom 30. zum 31. December des vergessenen Jahres sind Diebe auf der Morgenseite des Universitätsplatzes vom Polizei-Gefängnisse nach der Burg-Bastion hin durch ein ohngefähr sieben Fuß hoch angebrachtes Fenster in das Innere der Matthias-Pfarrkirche eingedrochen und eingestiegen, nachdem sie eine Leiter zur Stelle geschafft, eine Fensterscheibe zertrümmert, die Wiebel, die durch die Flügel zugehalten wurden, zurückgedrückt, einen der Flügel ausgehoben, und das im Innern der Kirche vor dem Fenster angebrachte eiserne Gitter, da es nicht verschlossen gehalten worden war, sehr leicht geöffnet hatten. Obwohl eine Menge Silberzug auf den verschiedenen Altären der Kirche u. s. w. umhersteht, so haben sich die ruchlosen Verbrecher doch nur mit der Entwendung eines Elboriums mit Deckel von Silber 26 Loth schwer und im Werthe von 62 Rthlr.; eines Melchisedechs von Silber mit 28 Rauten besetzt und im Werthe von 30 Rthlr.; einer Menge silberner Verzierungen von

kupfernen Kanon-Tafeln, die gewaltsam losgerissen worden sind, eines sogenannten Heiligen-Scheines und Pilgerstabes von Silber, von einer der Statuen der Kirche; eines messingenen Eischleuchters, und des Inhaltes von fünf erbrochenen Gotteskästen begnügt, alles Uebliche aber an seinem Platze gelassen. Kurz zuvor Abends zwischen 7 bis 11 Uhr war die Wohnung eines Privatmannes auf der Gluckstraße mitteist Nachschlüsseln geöffnet, im Innern derselben ein Schreib-Secretär gewaltsam erbrochen und aus demselben eine nicht unbedeutende Summe Geld, bestehend aus 4 Friedrichsdoren, dreißig Thalerstück und zehn Silbergroschen nebst einer goldenen Nepalruhr, die auf die Glocke schlägt, mit arabischen Zahlen und einem Datumziffer entwendet worden.

* Breslau. Die Gesellschaft zur Förderung der gesammten Naturwissenschaften in Marburg hat den Professor Dr. v. Boguslawsky unter dem 11ten December v. J. zu ihrem ordentlichen Mitgliede ernannt.

(Wohlthätig.) So wie schon seit einer Reihe von Jahren hat auch in diesem Winter unser „Frauen-Verein“ seine Thätigkeit aufs neue entfaltet. In der Anstalt zur „Speisung der Armen“ die durch milde Beiträge an Geld und Naturalien erhalten wird, werden bis zum Schlusse dieses Jahres täglich 300 und vom 1. Januar v. J. ab, täglich 400 Portionen von nahrhafter, eben so wohlgeschmeckender als kräftiger Suppe mit Fleisch, durch Frauen des Vereins eigenhändig verabreicht.

Eben so sind von diesem höchst lobenswerthen Verein in diesem Winter an Arme vertheilt worden: 335 Hemden, 228 Paar Schuhe, 237 Paar Strümpfe, 94 Nöcke für Frauen, 94 Mädchenkleider, 60 Stück Knabenjacken, 92 Paar Beinkleider, 73 warme Frauenhäuben, 26 Knabenmützen, 105 Schürzen, 80 Halstücher, in Summa 1824 Bekleidungs-Gegenstände. Möchten sich doch immer mehr stille Wohlthäter finden, die dem Frauen-Verein Unterstüttungen an Geld oder Naturalien zukommen zu lassen die Geneigtheit hätten! (Anzeiger.)

Der Wes. Ztg. wird aus Breslau gemeldet: Der Kaufman und Grundbesitzer Hein (im Waldenburger Kreise am Fuße des Riesengebirges) war, so wie sein Nachbar, der bekannte Gutsbesitzer Pelz, des frechen Tadels der Regierung ic. angeklagt und in erster Instanz verurtheilt worden. Das dieser Tage bekannt gewordene Urteil des zweiten Senats aber spricht den Angeklagten vollkommen frei, und entbindet ihn sogar von den Kosten der ersten Instanz. Die Mitglieder dieses Collegiums sind bei uns als außerordentlich tüchtige Juristen als Männer von unbeteilichter Redlichkeit und größter Unparteilichkeit hochgeehrt, und gewiß wird jeder, der Gelegenheit hatte, die Thätigkeit desselben näher kennen zu lernen, in das Lob einstimmen, welches in neuerster Zeit der Chef-Präsident des Ober-Landesgerichts Kuhn demselben öffentlich zollte.

† Eisenbahnhof zu Brieg, 2. Januar. — Ueber der oberschlesischen Eisenbahn scheint seit einiger Zeit in der That ein böses Gestern zu walten. Noch sind kaum am Schlusse des alten Jahres die wohlbe- gründtesten Klagen über die Unpünktlichkeit u. Unzuverlässigkeit der Fahrt auf dieser Bahn vor das Forum der Öffentlichkeit gebracht und von der Direction oder deren Anwälten, entweder mit vornehmen Achselzucken ignoriert oder mit sich brüsternder Entrüstung bekämpft worden, so bietet das boshafteste Geschick schon am zweiten Tage des neuen Jahres dem Publikum die gerechteste Ursache zu neuen Klagen. Ob die Bahnverwaltung an dem Unglück Schuld trägt, das gestern Abend dem Güterzug auf der Bahn oberhalb Oppeln begegnet, muß allerdings bis auf Weiteres dahin gestellt bleiben. So sehr es zu beklagen ist, daß mehrere Beamte durch diesen Unfall mehr oder weniger beschädigt worden sind, so ist es immer noch als ein Glück zu preisen, daß das Unglück nicht einen Personenzug traf. Wohl aber dürfte sich die Direction kaum von den Vorwürfen reinigen können, die ihr wegen der Verzögerung und des gänzlichen Ausbleibens der Züge von Oppeln nach Breslau am h. Tage gemacht werden müssen. Dem unbefangenen Beobachter kann es nicht anders erscheinen, als liege die Ursache davon in den höchst mangelhaften Instructionen der Bahnhof-Inspectoren, wenn nicht gar in einer bösenlosen Rücksichtslosigkeit gegen das Publikum. Der erste Güterzug, der heut Morgen gegen $7\frac{3}{4}$ Uhr hier ankommen sollte, ist ausgeblichen und die sämtlichen Passagiere, die seiner die ganze Bahn entlang warteten, sind sinnig geblieben, demnach auch die nicht geringe Anzahl derselben auf dem hiesigen Bahnhofe. Vergebens waren unsere Bitten an den Herren Inspektor, uns mit einer hier stehenden Lokomotive nach Breslau zu befördern. Er entschuldigte sich zuerst damit, daß diese Lokomotive in unbrauchbarem Zustand sei, und als wir dies aus guten Gründen bezweifelten, daß ihm seine Instruktionen auch nicht erlaubten, die Maschine zu bem von uns gewünschten Zwecke zu verwenden. Wenn es mit letzterem Umstande seine Richtigkeit hat, so kann dem Bahnhof-Inspecteur allerdings die Verweigerung unseres Gesuches nicht zum Vorwurf gemacht werden, aber wohl darf man sich mit Recht wundern, daß der Hr. Direktor Lewald, der schon von Breslau nach Oppeln gerufen worden und mit dem ersten Personenzug von Breslau aus um 8 Uhr hier durchgegangen war, in Oppeln nichts gethan hatte, um von da einen Zug nach Breslau abgehen zu lassen, wenn die Bahnstrecke von Königshütte nach Oppeln, wegen des daseinst stattgefundenen Unfalls, für den Personenzug von Königshütte noch nicht frei war. Dieser letztere, der gegen 10 Uhr auf dem hiesigen Bahnhofe ankommen sollte, blieb also auch aus und so sogen wie nun seit fast 5 Stunden hier vergebens nach den Telegraphen hinausschauend, ob sie uns nicht bald Erlösung zuwinken werden. Kann das die Direction verantworten und glaubt sie wirklich dem Publikum so wenig Rücksicht schuldig zu sein? Könnte denn, was etwa noch für das Ausbleiben der Züge als Grund angegeben werden könnte, in Oppeln keine Lokomotive disponibel gemacht werden? Oder ist es erlaubt, wenn irgend ein Theil der Bahn nicht fahrbare ist, die Passagiere auf allen übrigen Bahnstrecken mit darunter leiden zu lassen? Das Publikum hat wohl ein Recht, Erklärung hierüber von der Direction der Oberschlesischen Eisenbahn zu erwarten, wenn diese nicht etwa wieder der besondern Meinung ist, daß das Publikum darnach nicht zu fragen, sondern sich lediglich schwierig und gebüdig in die Launen der Bahn-Verwaltung zu fügen haben, ohne darüber sich beklagen zu dürfen, wenn die Bahnzüge Stunden und halbe Tage lang ausbleiben. Uebrigens kann die Direction sämtliche Pächter der Restaurationen im Pachtspiel erhöhen, denn bei den langen Verzögerungen der Ankunft und des Abgangs der

Züge kommen natürlich die Restauratoren am Besten weg. N. S. Jetzt endlich, gegen 1 Uhr Nachmittag, findet sich der Bahnhof-Inspector bewegen, uns durch einen besondern Zug durch die anfangs für stark ausgegebene, vielleicht unterdrück wiederhergestellte Lokomotive, nach Breslau schaffen zu lassen. Es heißt, er thue dies auf seine eigne Verantwortung. Ist dies der Fall, so meinen wir, er thue dies lediglich im Interesse der Bahnverwaltung; diese mag sich bei ihm dafür bedanken; wir Passagiere können nur wünschen, daß er es einige Stunden ihr gehan hätte.

* Striegau, 30. Decbr. — Der Weg von hier über Leizau und Halbendorf nach Hohenfriedeberg ist schlecht und soll deshalb im künftigen Sommer vom hiesigen Kreise bis an die Grenze des Volkenhayner Kreises gebaut werden. Da man auf diesem Wege zwei Fuhrte durch das Striegauer Wasser hier und in Leizau zu passiren hat, welche bei jedem Hochwasser zuweilen Tage lang gesperrt werden müssen, und dadurch die Kommunikation auf diesem Theile des Weges zeitweise ganz gehindert wird, so soll bei dem bevorstehenden Neubau, um kostspielige Brückebauten zu vermeiden, der jetzige Weg verlassen und die neue Straße auf dem linken Ufer des Striegauer Wassers durch Gräben nach Thomaswaldau und von da nach Halbendorf geführt werden, wodurch der Weg um nicht viel weniger, als eine Viertelmeile verlängert wird. Dieser Uebelstand, so wie die im Frühjahr und Herbst so vielfach laut werdenden Klagen über die schlechte Beschaffenheit des übrigen Theils der Straße über Hohenfriedeberg nach Volkenhayn, welche ebenfalls Ablösse verdiensten, und endlich der Umstand, daß diese Straße auch bedeutend weiter ist, als der Weg von hier über Thomaswaldau, Haasdorf und Kauder nach Volkenhayn, führen uns zu der Frage: warum bei dem bevorstehenden Neubau nicht die kürzere Wegestrecke vorgezogen wird, die überdies auch noch durch die vielen Kalkzuhren aus dem in der Nähe von Volkenhayn belegenen Bilichen viel frequenter befahren wird, als der längere Weg über Hohenfriedeberg. Darauf antwortet man uns, daß die Verbindung des Weges mannißglichen Schwierigkeiten unterliegen und hauptsächlich deshalb nicht zulässig sein soll, weil der Volkenhayner Kreis in früheren Jahren schon den Weg über Hohenfriedeberg bis an die Kreisgrenze bei Ullersdorf ausgebaut hat, und jetzt nicht mehr angehalten werden könne, einen zweiten Verbindungsweg zwischen hier und Volkenhayn mit großen Opfern zu bauen und die Unterhaltung desselben den betreffenden Gemeinden aufzubürden. Wie wollen uns indes auch auf eine Widerlegung dieser Eineden nicht einlassen, sondern im öffentlichen Interesse nur die Frage anregen, ob es nicht nothwendig ist, auf den angegebenen kürzeren Wege zwischen hier und Volkenhayn eine Chaussee zu erbauen? — Von Hirschberg bis Volkenhayn ist der Chausseebau beendet und alles Fuhrwerk, was aus diesen Kreisen aus dem Gebirge kommt und sich an die Eisenbahn anschließen will, muß entweder den Umweg über Freiburg nehmen, oder über hier sich auf schlechten Wegen nach Königszelt begeben, auf welchen es bei Hochwassern bisher noch Verzögerungen zu erden habe. Den Weg von Volkenhayn über Kauder und Haasdorf nach hier passiren alljährlich viele Tausende von Kalkzuhren. Rechnet man hierzu noch die von Jahr zu Jahr sich steigende große Menge von Holzfuhrern, welche ebenfalls aus jenem Theile des Gebirges die hiesige Stadt passiren, so wie die Kommunikation mit Volkenhayn und den großen Dörfern jener Gegend, so läßt sich wohl nicht in Abrede stellen, daß für einen so bedeutenden Verkehr eine Chaussee mindestens zum Bedürfniss geworden ist. Möchten daher die hohen Behörden ihr Augenmerk auf diesen Straßenbau richten, oder möchten doch wenigstens einige einflussreiche und vermögende Männer es unternehmen, den Versuch zu machen, zum Bau der Chaussee zwischen hier und Volkenhayn eine Aktien-Gesellschaft zu begründen. Sie würden sich dadurch nicht allein um die ganze hiesige Gegend große Verdienste erwerben, sondern es würde ein solches Unternehmen für die Aktionäre sich gewiß auch als rentabel herausstellen. Denn schlägt man den Bau einer Chaussee in der hiesigen Gegend, welche überall billiges und gutes Material im Übermaß darbietet, auf 15,000 Rtl. pro Meile an, so würde der ganze Bau, bei einer Strecke von nur zwei Meilen etwa 30,000 Rtl. kosten. Wird der Bau bis unmittelbar vor die hiesige Stadt geführt, so müßte sich dieselbe, da sie ohnehin schon bei dem Kreiswegebau mit einem Theile des Straßenbaues konkurrieren muß, der ungefähr 2500 Rtl. kosten wird, in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse zu einer Entschädigung von gleicher Höhe verstehen. Eden so dürfte der Kreis für den Neubau, den er im kommenden Jahre ausführen soll und dessen er dann überhoben würde, eine Entschädigung von etwa 6500 Rtl., auf wie hoch sich die Baukosten unsfern belaufen würden, leisten, und es wäre somit schon ein Bau-Capital von 9000 Rtl. gewonnen. Zu dieser Summe würde dann noch die Staats-Entschädigung mit 3000 Rtl. pro Meile zusammen mit 6000 Rtl. kommen, so daß also eine Aktien-Gesellschaft die Kosten des Baues einer Meile schon gedeckt haben würde, ohne der Beihilfe zu

gedenken, die ihr von der Stadt Volkenhayn und dem dazigen Kreise, welche bei einem solchen Bau gleichfalls wesentlich interessirt sind zusetzen würde. Auch dürfte bei dem nachgewiesenen Bedürfniss eine höhere Staatsentschädigung, als die ob. n. angegebene, wohl noch zur erreichen sein. Hier nach verbient die oben aufgeworfene Frage jedesfalls in nähere Erörterung gezogen zu werden, und es wird uns zur größten Freude gereichen, mit diesen Seiten einen für die hiesige Stadt und die ganze Umgegend so sehr wichtigen Gegenstand angeregt zu haben.

* Schweidnitz, 1. Januar. — Zum Morgen des neuen Jahres wurden wir durch Feuerlärm gegen 7 Uhr geweckt. Plötzliche Röthe am südlichen Himmel, welche die Dunkelheit der Dämmerung erhellte, verkündete eine Feuerkunst in nicht zu weiter Entfernung von der Stadt. Bei näherer Orientierung erwies sich, daß das Feuer in dem eine Meile entfernten Dorfe Wierschau ausgebrochen und durch den Wind in das benachbarte Kreisau hinübergetragen sei. So eben, Morgens 10 Uhr, geht uns die Nachricht zu, daß in jetztgenanntem Dorfe Kirche und Schule in Gefahr stehen.

* Hermsdorf u. K., 29. December. — Bekanntlich gehört Hermsdorf zu den besuchtesten Gebirgsdörfern. Im Sommer zieht der Kynast eine Menge Freunde hiher; das Gerichtsamt unterhält das ganze Jahr einen lebhaften Verkehr mit der Umgegend. Viele besuchen den Ort auch im Winter zu ihrem Vergnügen, endlich führt der Weg, welcher Hirschberg u. d. Schleibenberg verbindet über h. Wozu sich unter solchen Umständen schon längst das Bedürfniss herausgestellt hat, das soll nun im nächsten Jahre, wie wir vernehmen, ins Leben treten. Die tägliche Postverbindung, welche zwischen Warmbrunn und Hirschberg besteht, soll bis h. ausgebaut, es soll eine eigene Postspedition wie in W. hier eingerichtet werden. Dem Publikum wird dadurch wachsen und billiger; und wenn das Personengeld mäßig ist, so wird besonders im Sommer die Post von Warmbrunn und Hirschberg aus genüß sehr stark benutzt werden. Möchten sich nun auch unsere öblischen Ortsgerichte bewegen finden, den zuweilen nicht sehr öblischen Weg von hier bis W. in fahrbaren Stand zu setzen. Wenn auch hier und da einige zerbrochene Löffel, abgelesene Feldsteine, zerdrannte Ofenkacheln, in die Vertiefungen gestreut werden, so reichen diese Pflaster für die vorhandenen Wunden nicht aus. Man hat sich zwar bei einer früheren Klage über den hiesigen Weg damit getrostet, daß es noch schlechtere Wege gebe, was diejenigen, welche in der Gegend von Krommenau, Seifershau und Ludwigsdorf ic. bekannt sind, nicht leugnen werden; aber es ist dies ein sehr leidiger Trost, mit dem sich die im Wagen hinz und herfliegenden Reisen nicht zufrieden stellen werden.

Theater.

Auch die Bühne hält es für angemessener, in das neue Jahr nicht auf dem hohen tragischen Rothorn, sondern mit der heiteren Maske des Scherzes einzutreten. Wie der einzelne Mensch die sehr natürliche und nicht abzuweisende ernste Stimmung, die sein Herz aus Anlaß dieses Wechsels überschleicht, durch einen forcirten Humor und eine laute Freude zu unterdrücken bestrebt ist, so mag auch die Bühne die sich ihr aufdringende Recapitulation der nicht immer vollkommenen Leistungen hinwegzuscherzen bemüht sein. Sie will mit Lust ihre neue Thätigkeit beginnen, ein Vorhaben, an dem Niemand etwas zu tadeln finden wird, wenn sie's später nur ernst nimmt. — Das aus drei kleinen Piecen bestehende Neujahrs-Potpurti wurde durch einen Prolog von Pulvermacher eingeleitet. Es ist anzuerkennen, daß der Dichter uns nicht mit jenem leeren, inhaltslosen Phrasengelingel abservierte, wie es uns seit geraumer Zeit bei festlichen Gelegenheiten unter d.m. Etiquet eines Prologs geboten wurde. Pulvermacher ließ die dramatische Muse auch in das Leben sehen, in dem die Verbilder derjenigen Gestalten, die neuerdings auf den Brettern dem Volksgerichte überliefert wurden, zahlreich umherwandeln. Der Prolog wurde von Fräul. Bernhard mit Ausdruck vorgetragen. — Das zweitaktige Lustspiel: „Der Corporal“, nach Rosier von W. Friedrich ist der Idee nach nicht neu. Eine durch hochherrliche und andre Intrigen zu Wege gebrachte Vereinigung zweier Hände, welcher der Bund der Herzen folgt — solche Anteptionen sind schon oft dagewesen, zuletzt noch im „Grafen von Trun.“ Die Ausführung dieses Gedankens ist jedoch nicht ohne Geschick und, namentlich was den Dialog betrifft, pflicht und witzig, nur — nicht überall anständig. Wir sind keine Moralitätsprediger, die pietistisch blinzelnd zusammenzucken bei einem Worte, das nicht durch lichtlichen Weihrauch purifiziert worden ist, aber Boten, schlüpfrige Boten — die wollen wir im Theater nicht hören. Herr Wohlbrück excelle natürlich als bramarbassender Corporal und wurde geladen. — Das zweite einaktige Lustspiel: „Ensaygung“ von M. Benedict gestell dem überfüllten Hause ungemein. Es ist ein kleines Dendenzstück, was man so sagt, mit einer Ten-

